

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Stk Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₤ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 75 ₤, für Versammlungsanzeigen 50 ₤ die Zeile.



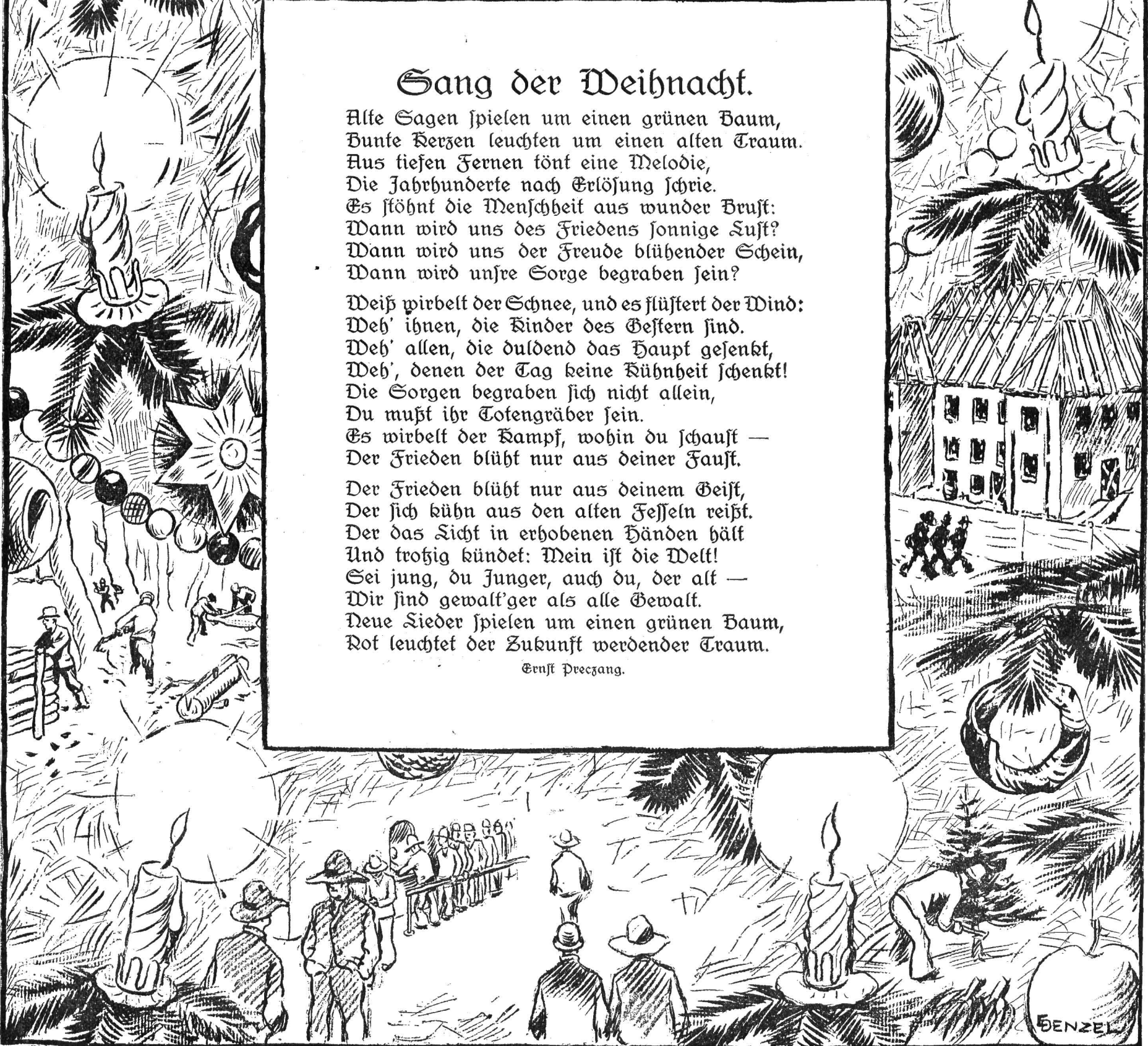
Sang der Weihnacht.

Alte Sagen spielen um einen grünen Baum,
 Bunte Kerzen leuchten um einen alten Traum.
 Aus tiefen Fernen tönt eine Melodie,
 Die Jahrhunderte nach Erlösung schrie.
 Es stöhnt die Menschheit aus wunder Brust:
 Wann wird uns des Friedens sonnige Luft?
 Wann wird uns der Freude blühender Schein,
 Wann wird unsre Sorge begraben sein?

Weiß wirbelt der Schnee, und es flüstert der Wind:
 Weh' ihnen, die Kinder des Bestern sind.
 Weh' allen, die duldend das Haupt gesenkt,
 Weh' denen der Tag keine Kühnheit schenkt!
 Die Sorgen begraben sich nicht allein,
 Du mußt ihr Totengräber sein.
 Es wirbelt der Kampf, wohin du schaust —
 Der Frieden blüht nur aus deiner Faust.

Der Frieden blüht nur aus deinem Geist,
 Der sich kühn aus den alten Fesseln reißt.
 Der das Licht in erhobenen Händen hält
 Und frohig kündigt: Mein ist die Welt!
 Sei jung, du Junger, auch du, der alt —
 Wir sind gewalt'ger als alle Gewalt.
 Neue Lieder spielen um einen grünen Baum,
 Rot leuchtet der Zukunft werdender Traum.

Ernst Preczang.



BENZEL

Weihnachten.

Wieviel schlaftrüge Menschen leb' ich auf Erden hier!
Wie viele Schläfer ruhen schon unter ihr!
Wieviel werden noch schlaftrügen Angesichts
wandern durch die Wüste des Nichts!

Die Menschen rüsten sich wieder, das Fest der Liebe zu begehen. Die Straßen der Städte zeigen es schon äußerlich. Unendliche Berge schöner Sachen sind in den Schaufenstern aufgestapelt. Viele liebende Menschen zermartern sich das Gehirn, um den Mitmenschen, Weg- und Lebensgenossen eine kleine Freude zu bereiten. Weihnachten ist das Fest der Liebe und der Solidarität. Deshalb wird es von allen gefeiert, auch wenn sie nicht an die christliche Lehre glauben, die dem ehemaligen Sonnenwendfest zugrunde gelegt wurde. Zwar werden auch in diesem Jahre wieder die salbungsvollen Worte ertönen: Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen! Dennoch, auch heuer werden es leere Worte sein, wenn die rauen Umstände des Lebens einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

Wenn wir nun mit Weihnachtsaugen die Welt betrachten, so gehen wir naturgemäß von unserm eigenen Wirkungskreis aus. Wie sehen, daß die Erde an Naturschätzen immer reicher und reicher wird, wir spüren, daß der Erfindergeist des Menschen und die nie rastende Tätigkeit der Millionen die rohe Kraft der Natur immer mehr und mehr überwindet und sich dienstbar macht. Eine rastlose Tätigkeit, wohin man blickt. Neben den vielen Millionen, die berufsmäßig gezwungen sind, im Schweiß ihres Angesichts zu schaffen, arbeiten Zyklopen, Riesenapparate, Maschinen, die ein rasendes Tempo in die Welt der Arbeit hineingetragen haben. Der Reichtum des Menschen wächst, seitdem das Maschinenzeitalter angebrochen ist. Zwar wird dieser Wachstumsprozess immer wieder durch Kriegspetitionen unterbrochen, wo der Mensch zur Bestie, zum wilden Tier wird, wo er schonungslos alles vernichtet, was Menschenfleisch und Menschenhirn errungen und geschaffen hat. Dennoch — alles ist vergänglich: auch Kriegszeit, Inflation und ähnliche Geißeln der Menschheit. Aber eins bleibt immer: der Hunger nach Lebensgenuß, das Streben nach Vollkommenheit, nach Freiheit, Licht und Sonne. Nicht allen Menschen werden diese Schönheiten des Lebens zuteil. Millionen sind dazu verurteilt, immer auf der Schattenseite des Lebens ihre Tage zu vollbringen.

Hierzu zählen vor allem diejenigen, die beschäftigungslos sind und diejenigen, die von der zermalmenden Mühle der kapitalistischen Wirtschaft zerstoßen und zertreten wurden. Namentlich in diesem Jahre fällt das Weihnachtsfest in eine Periode der Arbeitslosigkeit. In Deutschland werden an den Feiertagen mehr als 1 1/2 Millionen arbeitsfähige Menschen ohne Beschäftigung sein. Die deutsche Wirtschaft vermag ihr eine fruchtbare Tätigkeit nicht zu geben. Sie leben von Unterstufungen, sofern sie noch in den Genuß von solchen gelangen. Gerade um die Weihnachtszeit dieses Jahres wird eine heftige Fehde ausgefochten, ob den von der Beschäftigung ausgeschlossenen eine ausreichende Unterstufung gewährt werden soll oder nicht. Das Fest der Liebe und die Worte von dem Frieden auf Erden werden also von einer großen Zahl von Menschen mit sehr eigentümlichen Gefühlen betrachtet. Die Arbeitslosigkeit wird nach Weihnachten noch weiter wachsen. Die Zahl der Beschäftigungslosen wird auf zwei Millionen ansteigen und darüber hinausgehen. Diese Menschen sind dem blinden Wüten einer Wirtschaftskrise ausgeliefert, ohne daß der Herr der Schöpfung, der Mensch selbst, seine eigenen Geschicke zu meistern und zu lenken vermag.

Und dies alles, obwohl, wie wir oben feststellten, die Kultur sich verbreitert, der Besitzstand der Menschen im ganzen sich vermehrt und immer größere Reichtümer aus dem Nichts hervorwachsen. In einer Zeit, wo das Menschengeschlecht produktiv so ungeheuer ergebig ist, wo Stickstoff und somit Nahrungsmittel aus der Luft gezogen werden, wo die Technik glänzende Triumphe feiert, die Verkehrsmittel eine Höhe erreicht haben, wie nie zuvor, wo brüderliches Walten und gleichmäßige Verteilung der Lebensgüter überhaupt jede Not bannen könnte, ist dies noch lautenfalls spürbar. Auch in diesem Jahre werden viele Familien nur ein kümmerliches Weihnachtsfest feiern können. Und das ist es, was uns an der Vollkommenheit der heutigen Wirtschaftsordnung zweifeln läßt. Sie könnte vollkommener sein und ist es nicht, weil egoistische Interessen einzelner Gruppen und Menschen das Schicksal vieler weitgehend bestimmen.

Das Jahr 1929 ist das Jahr der Reparations- und Lösung. Das Wort Friede auf Erden soll Wirklichkeit werden insofern, daß der furchtbare Krieg, der vor 15 Jahren begann und vor 11 Jahren endete, endlich liquidiert werden soll. Deutschland muß bezahlen. In wochen- und monatelangen Kämpfen, Konferenzen, Verhandlungen und internationalen Pressefeldern ist um die Reparationslösung gerungen worden. Nun soll die letzte Hand an einen Plan gelegt werden, der auf Jahrzehnte hinaus für Deutschland große Lasten bringt. Der Ertrag deutscher Arbeit soll zu einem Teil ohne Gegenleistung mehr als ein Menschenalter hindurch über die Grenze geschickt werden. Das ist der Fluch der bösen Tat, daß Generationen dafür büßen müssen, was vorhergehende getan und gesündigt haben. Es steht nur zu hoffen, daß die Regelung, die im nächsten Jahre in Kraft treten soll, auch wirklich zu einer Annäherung der Völker führt und ihnen die Kraft gibt, in Frieden und gegenseitiger Hilfeleistung miteinander zu leben, damit solche ungeheuren Katastrophen für alle Zeiten unmöglich sind.

Auch sonst hängt genügend schwarzes Gewölk am Himmel. Wir brauchen nur an die Kämpfe um die Steuerreform, um die Arbeitslosenunterstützung, um die sozialpolitischen Belange, um die Teilnahme an der Regierung usw. zu erinnern, um einen Gesmack zu bekommen, wie der Weihnachtsfriede im Innern Deutschlands aussieht. Es scheint überhaupt das Schicksal Deutschlands zu sein, daß fast immer um Weihnachten herum eine Regierungskrise im Bereiche der Möglichkeit steht. Daran ist zu erkennen, daß selbst in einem christlich so beeinflussten Staatswesen, wie Deutschland, von dem Weihnachtsevangelium sehr wenig zu spüren ist. Kampf,

Interessengegensätze, rücksichtsloses Vorwärtstreiben ist die Lösung.

Die Arbeiter und Angestellten sehen diese Dinge und ihre innersten Beweggründe am klarsten. Sie wissen, daß alles vergänglich ist, aber eigene Tatkraft viel zu vollbringen vermag. Deshalb sind sie gefeit vor Märchenglauben und übernatürlichen Hoffnungen. Auf ein besseres Jenseits lassen sie sich nicht mehr vertrusten. Hier auf Erden soll der Platz sein, wo für alle Menschen ein Wohlgefallen zur Tatsache werden kann. Und weil nichts vom Himmel kommt, kein Heiland ertretet, der die breiten Volksschichten zu erlösen vermag, deshalb müssen sie sich selbst helfen und ihre organisatorischen Einrichtungen weiter ausbauen. Die Gewerkschaftsbewegung ist ein Teil der Kraft, die an Stelle des Heilanglaubens ein besseres Los zu schaffen vermag. So wollen wir hoffend in die Zukunft schauen, wie dies der Dichter Julius Zersbach in folgenden Worten getan hat:

Und einmal wird doch eine Stunde kommen,
Und es wird sein, wie's immer war,
Als ob in Tränen alles fortgeschwommen . . .
Die Tage werden staunend sich erheben,
Die Nächte unbekommene Träume sein; —
Es wird nicht mehr von Haß und Heulen gellen,
Nach langem Weinen ist die Erde rein,
Die blutgetränkte, die einst glücklich war . . .

„Der Schritt in die Freiheit“

Nach Berlin Düsseldorf. Die kommunistische Presse schreibt aufs neue über die „Spaltung des Zimmerverbandes“ durch den „sozialfaschistischen“ Zentralvorstand und dessen „verbrecherischen Maßnahmen“. Ueber diesen „sozialfaschistischen“ Zentralvorstand, der sich herausnimmt, dem Willen der Verbandsmitglieder, der doch oberstes Gesetz sein soll, zuwiderzuhandeln. Denn letzten Endes haben sowohl die Ausgeschlossenen in Berlin wie auch die in Düsseldorf nur den Willen der Mitglieder vollstreckt. So argumentiert die kommunistische Presse, um damit ihren Lesern Sand in die Augen zu streuen. Aber sie hat damit wenig Glück und deswegen findet ihr lautes Toben nur ein geringes Echo, das schnell verhallt. Die Ausgeschlossenen selbst wissen sehr gut, daß sie nicht den Willen der Mitglieder zur Ausführung gebracht, sondern daß sie diesen Willen vergewaltigt haben. Denn der Wille der Mitglieder im weitesten Sinne, nämlich der Wille der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes, steht klar und präzise in den Verbandsstatuten und Verbandsstagsbeschlüssen geschrieben. Verbandsstatuten und Verbandsstagsbeschlüsse sind nicht nur richtung- und zielgebend, sondern bestimmend für alle Verbandshandlungen. Ihnen haben sich alle Verbandszahlstellen zu unterordnen. Und wo einmal eine Zahlstelle in Gefahr kommen sollte, dagegen zu verstoßen, da haben die Zahlstellenvorstände die Pflicht, solche Verstöße zu verhindern, davor zu warnen, indem sie auf die daraus sich ergebenden Folgen sofort und rechtzeitig aufmerksam machen. Das und nicht das Gegenteil verlangt der Wille der Mitglieder von ihnen. Die Argumente der Ausgeschlossenen und der sich zu ihrem Sprachrohr machenden kommunistischen Presse sind Schwindel, auf den nur wenige hereinfallen. Das hat übrigens einer der Berliner Ausgeschlossenen, Paul Schill, bestätigt, der auf dem „Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ sehr bemerkenswerte Ausführungen machte, indem er sagte, daß es für einen richtigen Kommunisten ein Unding sei, die Statuten und Beschlüsse der Gewerkschaften einzuhalten, wenn er nicht mit seiner Partei in Widerspruch geraten wolle. Das ist ein ganz offenes Eingeständnis. Und weil die Ausgeschlossenen die Anweisungen und Befehle ihrer Partei über die gewerkschaftlichen Satzungen stellten, deshalb und nur deshalb flohen sie aus unserem Zentralverband. Denn ihr Verstoß gegen die Satzungen des Verbandes und seine Beschlüsse geschah bewußt und absichtlich. Nur die Folgen hatten sie nicht vorausgesehen. Der „sozialfaschistische“ Zentralvorstand hatte ja so oft Nachsicht geübt, er würde auch diesmal nicht den Mut haben, vor allen Dingen gegen Berlin vorzugehen. Das wurde ja offen in den Versammlungen ausgesprochen. Es ist anders gekommen; der Zentralvorstand mußte handeln, so wie es ihm die Befehle des Verbandes vorschreiben. Und er hat gehandelt. Und daß er recht gehandelt hat, wird übrigens nicht nur in Berlin von der Mehrheit der Zimmerer eingesehen, auch im Lande herrscht dafür volles Verständnis. Wie wäre es sonst zu erklären, daß die Sendboten der kommunistischen Sonderorganisation, die Repschläger und Schill, selbst in den Verbandszahlstellen, wo ihre Gesinnungsfremde Einfluß haben, eine vollkommene Pleite erleben; wenn sie nicht schon bescheidenerweise die Annahme einer Entschließung von der üblichen Art als einen Erfolg ansehen.

Wir Berliner haben den Schritt in die Freiheit getan, so konnte Repschläger in einer Oppositionsversammlung in Leipzig pathetisch ausrufen: „Folgt uns nach!“ Es folgte ihm niemand; mit einigen Versprechungen wurde er verabschiedet. „Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsopposition sei es, den Reformisten, die vorläufig noch die Futterkrippe gesichert haben, Feuer unter den Frack zu machen.“ Das sagen Repschläger und seine Freunde, deren erste Aufgabe darin bestand, sofort nach dem Ausschluß aus dem Verband, also sofort nach der Entfernung von der „Futterkrippe“, sich eine neue Futterkrippe zu schaffen. Das hat die Mehrheit der Berliner Zimmerer sofort begriffen und nicht zuletzt deswegen den in diesem Punkte so überaus real eingestellten „Revolutionären“ die Gefolgschaft verweigert. Das begreifen auch unsere Kameraden in den Zahlstellen, wo Repschläger und Schill in Versammlungen der Opposition für ihre Sache Propaganda machen. Denn im Grunde ist doch der Zweck dieser Propaganda nur der, die „Operationsbasis“ des „Verbandes der Zimmerer und verwandter Berufe Berlin“ zu verbreitern, das heißt größere Sicherheiten für die Futterkrippe zu schaffen, für die Berlin allein nicht Mittel genug liefern kann. Ein „Revolutionär“ mag zwar keinen „Reformisten“ leiden, aber seine Beiträge nimmt er gern. So ist die Wirklichkeit. Darüber kann auch alles Schimpfen auf den Zentralvorstand nicht hinwegtäuschen. Repschläger

hat allerdings der Leipziger Opposition einzureden versucht, die neue Organisation sei deshalb gegründet, weil man eine so große Zahl Ausgeschlossener nicht auseinanderlassen lassen könne. Es hat ihm niemand geglaubt, weil es Schwindel war. Wegen einem Duzend Ausgeschlossener bedurfte es keiner Sonderorganisation; sie wurde zu andern Zwecken gebraucht. Zu welchen Zwecken, das wissen die Ausgeschlossenen am besten.

Wenn die „revolutionäre Opposition“ im Lande noch weiter Verlangen trägt, sich durch die Berliner Sendboten „aufklären“ zu lassen, so ist das natürlich ihre Sache. Wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen. Der muß sich allerdings auch der Folgen seiner Handlungen bewußt sein. Eines kann es nur geben: Wer sich den Befehlen unseres Zentralverbandes nicht unterzuordnen vermag, wer Parteiparolen höher stellt als diese, wer durch seine Handlungen den Verband schädigt, der stellt sich außerhalb des Verbandes und muß die sich daraus ergebenden Konsequenzen auf sich nehmen. So war es in Berlin, so war es in Düsseldorf und so wird es überall dort sein, wo man die Befehle unseres Verbandes mißachtet, sie verlehrt. Unser Zentralverband ist stets besorgt gewesen, seine Einheit und Geschlossenheit zu wahren. Sein Zentralvorstand hat wie kaum eine andere Verbandsleitung, dem Treiben der Opposition lange Zeit hindurch abwartend zugehört. Gegen den Willen vieler Mitglieder. Er glaubte immer noch, daß diese Taktik des Abwartens die richtigere sei, daß sie dazu beitrage, die Oppositionellen umzustimmen und sie wieder auf den Boden fruchtbringender Gewerkschaftsarbeit zurückzuführen. Aus diesem Grunde beobachtete der Zentralvorstand eine gewisse Passivität. Noch auf dem letzten Verbandstages in Kiel versuchte er, den Berlinern eine Brücke zu schlagen, die von ihnen jedoch eingestrichelt wurde, bevor sie fertig war. Für die Berliner Vertreter auf dem Verbandstages waren maßgebend nur die Befehle der kommunistischen Partei und so gerieten sie immer mehr in Widerspruch zu den Verbandsstatuten, bis sie sich plötzlich außerhalb des Verbandes sahen. Und wie den Berlinern, erging es den Düsseldorfern. Und nun heulmeiern diese starken Männer über das an ihnen begangene Unrecht. . . .

Von den Vorgängen in unserm Verbands hat auch die Gewerkschaftspresse Notiz genommen: sie hat den Schritt des Zentralvorstandes gebilligt, die Notwendigkeit seines Vorgehens anerkannt. Die „Polierzeitung“, das Organ des Polierbundes, äußert sich dazu in recht hämischen Bemerkungen, aus der die Schadenfreude herausleuchtet. Von ihr haben wir nichts anderes erwartet.

Unsere statistischen Feststellungen

vom 30. November 1929.

901 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 106 317 nachgewiesen, darunter 11 699 Lehrlinge. Arbeitslos waren 35 539 oder 33,4% und krank 2683 oder 2,5%. Wie es im Bereiche der einzelnen Landesarbeitsämter steht, zeigt folgende Tabelle:

Landesarbeitsamt	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten				Von den Mitgliedern aus Spalte 3 sind			
	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	krank	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Ostpreußen	55	5389	—	—	701	2624	48,7	89
2. Schlesien	82	11368	2	278	1582	5252	46,2	232
3. Brandenburg	115	8153	5	7653	988	2248	27,6	220
4. Pommern	66	4211	4	62	499	1503	35,7	71
5. Nordmark	107	10483	6	117	1223	2747	26,2	187
6. Niedersachsen	85	7594	4	150	625	2049	27,0	209
7. Westfalen	24	3182	1	17	263	903	28,4	134
8. Rheinland	21	4158	1	46	142	1582	38,0	133
9. Hessen	27	4357	6	145	304	1453	33,3	125
10. Mitteldeutschl.	141	14321	4	116	1805	5058	35,3	332
11. Sachsen	61	21027	—	—	2633	6776	32,2	513
12. Bayern	76	7381	6	187	560	2001	27,1	184
13. Südwestdeutschl.	39	4040	5	193	285	1168	28,9	242
Deutsches Reich zusf.	899	106 664	44	8964	11 610	35 539	33,5	2671
14. Ausland	2	653	—	—	89	175	26,8	12
Gesamtverband	901	106 317	44	8964	11 699	35 539	33,4	2683

Der gesamte Bestand beträgt:

- 1. Zahlstellen (Spalte 2 und 4) 945
- 2. Mitglieder (Spalte 3 und 5) 115 281
- 3. Lehrlinge (Spalte 3 und 5) 12 223

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 26. Oktober hat sich die Arbeitslosenziffer von 20,2% auf 33,4%, die Krankenziffer von 2,1% auf 2,5% erhöht.

Das Ergebnis vom 26. Oktober stellt sich, nachdem noch 13 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 933 Zahlstellen mit zusammen 115 417 Mitgliedern, darunter 12 236 Lehrlinge, waren 23 392 Mitglieder arbeitslos und 2455 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 21. Dezember.

Konjunkturstatistik.

Die Novemberfeststellungen zeigen ein starkes Anschwellen der Erwerbslosigkeit. Die durchschnittliche Erwerbslosigkeit beträgt 33,4%, sie ist gegen den Vormonat um 13,2% gestiegen. Eine über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit haben wir in folgenden Landesarbeitsämtern: Ostpreußen 48,7%, Schlesien 46,2%, Pommern 35,7%, Rheinland 38% und Mitteldeutschland 35,3%. Der beste Beschäftigungsgrad ist im Landesarbeitsamt Nordmark mit einer Arbeitslosigkeit von 26,2% zu verzeichnen.

Auch die Konjunkturstatistik zeigt ein weiteres Hinabgleiten. Die Anzahl der Beschäftigten ist ständig im Sinken begriffen. Die Anzahl der Entlassenen übersteigt die Anzahl der Eingestellten um ein Bedeutendes. Die Bewertungsziffer von 3,19 hat bald den Stand von Januar und Februar dieses Jahres erreicht.

Die Anzahl der gut beschäftigten Betriebe sinkt beständig, es sind nur noch 20 mit 935 Beschäftigten vorhanden; wobei erwähnenswert ist, daß hierbei die Soziale Bauhütte in Dresden mit 396 Beschäftigten eingerechnet ist. — Die Anzahl der schlecht beschäftigten Betriebe ist im Steigen begriffen.

Die Erwerbslosigkeit wird weiter steigen, zumal der Deutsche Städtetag die Drosselung der Bauaktivität beschlossen hat. Es muß wieder verlangt werden, daß die durch die Hauszinssteuer gesammelten Mittel ungekürzt dem Wohnungsbau zugeführt werden. Der Wohnungsbau muß kräftig gefördert werden, darf nicht zum Stillstand kommen um so mehr, weil 12 % von sämtlichen beschäftigten deutschen gewerblichen Arbeitern im Dienste der Bauwirtschaft beschäftigt sind.

Ueber den Stand der Erwerbslosigkeit im Verbands sowie im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gibt uns nachstehende Tabelle Auskunft:

Monat	Insgesamt		Es berichteten		Davon Arbeitslose	
	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	Gesamt	in %
1928 Novbr.	945	112 779	912	111 464	22 656	20,3
Dezember	948	111 797	920	110 552	48 088	43,5
1929 Januar	944	110 816	929	110 364	66 185	60,0
Februar	942	110 824	927	110 478	77 827	70,4
März	943	111 053	913	109 870	55 296	50,3
April	942	111 077	885	108 689	30 355	27,9
Mai	942	112 837	904	111 113	17 993	16,2
Juni	943	114 887	904	111 346	12 540	11,3
Juli	943	115 443	914	113 518	12 281	10,8
August	942	116 388	905	114 506	14 509	12,7
September	942	116 143	919	113 583	17 063	15,0
Oktober	946	115 813	920	114 895	23 221	20,2
November	945	115 281	901	106 317	35 539	33,4

Die Erhebungen über die Konjunktur ergeben, daß gegenüber den beiden letzten Monaten erneut Verschlechterungen eingetreten sind.

An der Konjunkturstatistik sind im Monat November 284 Betriebe beteiligt, die 4259 Zimmerer beschäftigten. Das sind 2305 Zimmerer weniger als im Monat Juni, der mit 6564 Zimmerern den besten Beschäftigungsgrad aufwies. Die Anzahl der Betriebe, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt 19. Von den 284 berichtenden Betrieben war in 20 Betrieben mit 935 Zimmerern der Beschäftigungsgrad gut, in 87 Betrieben mit 1586 Beschäftigten befriedigend und in 158 Betrieben mit 1738 Beschäftigten als schlecht zu bezeichnen. Im Laufe des letzten Monats sind in 49 Betrieben 199 Zimmerer eingestellt und in 170 Betrieben 1057 Zimmerer entlassen.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	
1929 Januar	8	329	46	779	243	1527	3,45
Februar	4	147	13	378	289	1537	3,67
März	34	976	112	1665	159	1033	3,02
April	73	1874	141	2367	81	604	2,74
Mai	86	2341	161	2778	41	348	2,64
Juni	113	3337	145	2422	57	552	2,55
Juli	91	2945	159	2857	59	762	2,67
August	74	2295	140	2569	89	1158	2,81
September	52	1674	143	2780	101	1327	2,93
Oktober	31	1205	131	2531	118	1466	3,05
November	20	935	87	1536	158	1738	3,19

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage sind in 21 Betrieben mit 951 Beschäftigten als gut, in 87 Betrieben mit 1586 Beschäftigten als befriedigend und in 157 Betrieben mit 1722 Beschäftigten als schlecht zu bezeichnen.

In nachstehender Tabelle geben wir eine Uebersicht über die Zahl der an den Erhebungen Beteiligten sowie der Einstellungen und Entlassungen in den ermittelten Betrieben.

Monat	Die Erhebung erstreckte sich auf		Im Laufe des Monats wurden			
	Betriebe	mit Beschäftigten	eingestellt bei Unternehmern	Zimmerer	bei Unternehmern	Zimmerer
1929 Januar	297	2635	21	125	97	853
Februar	306	2062	18	160	180	1015
März	305	3674	134	1813	28	88
April	295	4845	139	1522	42	277
Mai	288	5467	195	901	69	181
Juni	315	6311	125	787	115	473
Juli	309	6564	137	660	130	509
August	303	6022	112	448	152	865
September	296	5781	89	366	135	648
Oktober	294	5202	88	385	174	1912
November	284	4259	49	199	170	1057

Auch aus dieser Zusammenstellung ersehen wir, daß der Beschäftigungsgrad im starken Maße zurückgegangen ist. Trotz des verhältnismäßig günstigen Wetzers Ende November ist die Zahl der Entlassungen ungemain hoch. Hier zeigt sich, daß die Krise nicht nur Saisonbedingt ist, sondern vielmehr auf den Rückgang der Konjunktur im Allgemeinen zurückzuführen ist.

Finanzreform und Gewerkschaften.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag vor einigen Tagen ein 14 Punkte umfassendes Finanzprogramm vorgelegt, mit dem sich das Parlament in eingehenden Beratungen zu befassen hat. Auf den ersten Blick zeigt sich, daß das von der Regierung vorgelegte Finanzprogramm eine Reihe von Neuerungen enthält, die von grundlegender Bedeutung für die künftige Entwicklung der Staatsfinanzen sind. Schon seit geraumer Zeit wird die Frage der Finanzreform mit Leidenschaft in der politischen Tagespresse erörtert. Kein finanzpolitisches Gesetz der Nach-

kriegszeit — von der Erzberger'schen Steuerreform abgesehen — ist für alle Schichten der Bevölkerung von so großer Bedeutung, wie der vorliegende Entwurf eines Finanzprogramms der Reichsregierung. Es ist deshalb notwendig, daß auch die Gewerkschaften ihre Meinung zu dieser finanzpolitisch tief einschneidenden Maßnahme sagen.

Das Ergebnis der Haager Konferenz und die damit verbundene finanzielle Erleichterung, die der Youngplan der deutschen Wirtschaft gebracht hat, gaben den Auftakt zu diesem erbitterten Kampf um die Lastenverteilung — oder besser gesagt — um die Verteilung der finanziellen Erleichterungen, die der Youngplan mit sich bringt. Die besitzenden Schichten propagieren eine Verteilung der Lasten, die wir auf das entschiedenste bekämpfen müssen. In Wort und Schrift, zum Teil mit den verwerflichsten Mitteln, wird der Kampf um die Lastenverteilung von der Schwerindustrie und den ihnen nahestehenden Kreisen geführt. Die ohne Zweifel ernste und bedrohliche Lage der Reichsfinanzen und die Krise auf dem Geld- und Arbeitsmarkt bringt es mit sich, daß die Reichsregierung auf die beschleunigte Verabschiedung ihres Finanzprogramms drängen muß. Das Finanzprogramm geht von dem Grundsatz aus, daß die steuerliche Belastung des deutschen Volkes eine Milderung erfahren muß. Man will die Kapitalflucht nach dem Ausland verhindern, die schätzungsweise über eine Milliarde Mark betragen soll, und erreichen, daß eine gesunde Kapitalbildung ermöglicht wird. Ueber die Notwendigkeit einer stärkeren Kapitalbildung, deren die deutsche Wirtschaft dringend bedarf, gibt es nur eine Meinung. Die Geister scheiden sich aber in zwei große Gruppen bei der Erörterung der Frage, wie die Kapitalbildung vor sich gehen soll. Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß eine wirksame Kapitalbildung auch möglich ist durch Erhöhung der Reallohne, damit es den 20 Millionen Hand- und Kopfarbeitern in Deutschland möglich ist, Ersparnisse zu machen, die wiederum der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden können. In der Vorkriegszeit haben die Guthaben bei den Sparkassen rund 19 Milliarden Mark betragen. Heute betragen die Spareinlagen der deutschen Sparkasse etwas über 8 Milliarden Mark, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß das Geld an Wert erheblich eingebüßt hat, Dinge, die ja allgemein bekannt sind. Wenn es durch aktive Lohnpolitik gelänge, breiten Volksschichten die Möglichkeit zu geben, Ersparnisse zu machen, so wäre ohne Zweifel die Frage der Kapitalbildung in besserer Weise gelöst als das nach dem Rezept des Reichsverbandes der Deutschen Industrie geschehen soll. Diese Kreise verlangen in ihrer Denkschrift, daß die Kapitalbildung in wirksamer Weise nur durch die Unternehmer erfolgen kann. Zwei Welten stehen sich auf diesem Gebiet gegenüber.

Es ist richtig, daß man durch eine kurzfristige Steuerpolitik in starkem Maße zur Abwanderung von Kapitalmassen in das Ausland beitragen kann. Wir wagen aber zu bezweifeln, ob das Finanzprogramm der Reichsregierung diese Kapitalabwanderung verhindern kann. Nach dem bekannten Strömungsgesetz des Kapitals fließt es immer dahin, wo ihm der größte Profit in Aussicht steht. Je höher die Profitrate wird — das lehrt uns Karl Marx — um so skrupelloser wird das Kapital und mit ihm natürlich seine Besitzer. Nationale Rücksichten kennen die Kapitalisten nicht; sie verlangen sie nur von den beschloßen Schichten. Es ist interessant, festzustellen, wie sich der Reichsverband der Deutschen Industrie die Kapitalbildung der deutschen Wirtschaft vorgestellt hat. Bei der Durchsicht der Denkschrift, die das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auf seiner am 12. Dezember in Berlin stattgefundenen Tagung vorgelegt und der Öffentlichkeit unterbreitet hat, lassen sich interessante Dinge feststellen. Auch wird auf die Frage der Finanzreform dabei eingegangen. Die Unternehmer verlangen, daß ihnen eine Steuerermäßigung im Betrage von rund 7,7 Milliarden Mark im Jahr gewährt wird. Der „Vorwärts“ bringt eine interessante Zusammenfassung über die Vorschläge der Unternehmer zur Finanzreform und der Kapitalbildung. Danach verlangen die Unternehmer:

Ersparnis an Sozialabgaben	625 Mill. M. im Jahr
„ Löhnen etwa	2000 „ „ „ „
Aufhebung der Industrieobligationen ufw.	350 „ „ „ „
Fortfall der Gewerbesteuer	900 „ „ „ „
Ermäßigung der Grundvermögenssteuer	500 „ „ „ „
Herabsetzung der Einkommensteuer und Fortfall der Kapitalertragssteuer	930 „ „ „ „
Herabsetzung der Körperschaftsteuer	300 „ „ „ „
Abbau der Hauszinssteuer	1500 „ „ „ „
Herabsetzung der Umsatzsteuer und Fortfall der Grunderwerbssteuer	500 „ „ „ „
„ Fortfall der Wertzuwachssteuer	100 „ „ „ „
Zusammen	7705 Mill. M. im Jahr

Da bleibt einem die Spucke weg, würde der Berliner sagen angesichts dieser Dreifigkeit. Der Youngplan entlastet Deutschland mit rund 700 Millionen Mark im Jahr. Nicht allein, daß sich die Unternehmer damit begnügen, die Entlastung von 700 Millionen Mark für sich zu beanspruchen, sie gehen um ein Zehnfaches darüber hinaus. Daß wir diesen Plänen den allerschärfsten Kampf ansagen müssen, ist ohne weiteres klar.

Der Finanzplan der Reichsregierung umfaßt 14 Punkte. Wir geben das Wesentlichste aus dem Inhalt des Programms hiermit wieder. Es ist beabsichtigt:

1. Senkung der Einkommensteuer, und zwar sowohl durch Heraufhebung des steuerfreien Einkommensfußes und Verbesserung der Kinderermäßigung, als auch durch Herabsetzung und Auseinanderziehung des Tarifs. Vorgeschlagen wird, die Senkung in drei Etappen zu vollziehen, und zwar beginnend mit dem 1. Juli 1930, dem 1. Januar 1932 und dem 1. Juli 1933. Der steuerfreie Lohnbetrag für den ledigen Arbeiter wird von 1200 auf 1440, 1560 und 1800 M erhöht. Die Senkung des Tarifs wird durchschnittlich 12 %, 20 % und 25 % mit einem Höchstsaße von einem Drittel des Einkommens betragen. Der Steuerabzug vom Kapitalertrag wird aufgehoben für die Zinsen aus festverzinslichen Anleihen, die nach dem 31. Dezember 1929 ausgegeben sind.

Weiterhin wird der Abzug für Versicherungsprämien erhöht.

2. Senkung der Vermögenssteuer.
3. Senkung der Gewerbesteuer um 20 % und der Grundsteuer um 10 % sowie weitere Senkung nach Inkrafttreten des Steuervereinfachungsgesetzes bei einem Umlegesatz von mehr als 150 % um 10 %. Länder und Gemeinden dürfen fünf Jahre lang die Realsteuerlaste nicht erhöhen.

4. Abbau der Industriebelastung von jetzt jährlich 330 Millionen auf 250 Millionen im Jahre 1930. 1931 sollen 200 Millionen, 1932 150 Millionen, 1933 100 Millionen und 1934 50 Millionen abgebaut werden. Die Industriebelastung kommt in völligen Fortfall im Jahre 1935, wobei in den Jahren 1930, 1931 und 1932 von den zu erhebenden Gesamtbeträgen 1930 weitere 50 Millionen und 1931 und 1932 je 25 Millionen als getilgt gelten durch die Abführung von 100 Millionen aus dem Vermögen der Industrieobligationsbank an das Reich.

5. Aufhebung der Rentenbankzinsen.
6. Senkung der Gesellschaftsteuer und der Wertpapiersteuer auf je die Hälfte des geltenden Satzes, der Börsenumsatzsteuer um ein Drittel des geltenden Satzes.

7. Aufhebung der Zuckersteuer.
8. Erhöhung der Biersteuer mit Wirkung vom 1. April 1930 um 50 % entsprechend dem mit dem Etat 1929 vorgelegten Entwurf.

9. Heraufhebung der Tabaksteuer auf Zigaretten und Rauchtobak, und zwar bei der Zigarettensteuer durch Erhöhung der Zeichensteuer von 30 auf 33 % und der Materialsteuer von 400 auf 500 M für einen Doppelpfeifer. Beim Rauchtobak durch Erhöhung der Zeichensteuer für Feinschnitt von 45 auf 60 % und für Pfeifentabak von 20 auf 35 %. Einführung der Kontingentierung für Zigaretten. Diese Erhöhung soll bereits am 1. Januar 1930 in Kraft treten.

10. Neuregelung des Finanzausgleichs. Die Ausfälle aus der Senkung der Einkommensteuer will das Reich übernehmen, indem es den Ländern, natürlich unter Berücksichtigung ihres verminderten Beteiligungssatzes, die Ueberweisungen des Jahres 1929 garantiert. Der künftige Beteiligungssatz der Länder an der Einkommensteuer soll 60 % betragen.

Auch den Ausfall aus der Realsteuersenkung will das Reich zunächst tragen, indem es den Ländern und Gemeinden die Mindereingänge im Rechnungsjahr 1930 voll erfattet. Von 1931 bis 1934 soll die Erfassung um je ein Fünftel vermindert werden, so daß sie 1935 ausfällt.

Weiter ist die schnelle Verabschiedung des Steuervereinfachungsgesetzes vorgehoben und die Schaffung eines beweglichen Faktors für die Gemeindeeinnahmen, durch den unter Berücksichtigung der sozialen Notwendigkeiten alle Bürger zu den Lasten der Gemeinden herangezogen werden. Seine Höhe soll mit der Höhe der Realsteuern in feste Verbindung gebracht werden.

11. Verstärkte Finanzaufsicht über die Gemeinden durch Vorschriften über die Genehmigung von Anleihen und Krediten durch obligatorische Rechnungsprüfung, die eine von den Gemeinden unabhängige Stelle ausüben soll.

12. Abrechnung zwischen Reich und Ländern über die schwebenden Entschädigungs- und Aufwertungsansprüche (Eisenbahnen, Wasserstraßen, Postabfindungen usw.).

13. Heraufhebung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um 1/2 % mit Wirkung vom 1. Januar 1930.

14. Vorlegung eines Gesetzes zur Regelung der Tilgung der Reichsschulden.

Die Regelung dieser Fragen soll durch Spezialgesetze, die in ihrem Entwurf noch nicht bekannt sind, erfolgen. Von größter Wichtigkeit für die Arbeiterschaft ist die beabsichtigte Neuregelung der Einkommensteuer. Nach dem Vorschlag der Reichsregierung soll eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens erfolgen, die allerdings erst zur vollen Auswirkung im Jahre 1933 kommen soll. Dagegen muß protestiert werden! Wenn Erleichterungen auf steuerlichem Gebiet erfolgen sollen, dann hat die Arbeiterschaft auch ein berechtigtes Interesse daran, daß sie, und zwar mit sofortiger Wirkung, berücksichtigt wird.

Mit dem Finanzprogramm scheint es überhaupt fraglich, ob für die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung eine steuerliche Entlastung eintritt, weil ja einige Verbrauchssteuern in erheblichem Maße erhöht werden sollen. So soll die Tabak- und Rauchwarensteuer ganz beträchtlich, ebenfalls die Biersteuer erhöht werden. Uns fehlen vorerst die Unterlagen, um nachzuprüfen, in welchem Umfange die steuerliche Entlastung, die durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages eintritt, wieder ausgeglichen wird durch die Erhöhung der Bier- und Rauchwarensteuer. Zu begrüßen ist die Aufhebung der Zuckersteuer. Die verstärkte Finanzaufsicht über die Gemeinden wird dem Baugewerbe besondere Schwierigkeiten bringen, zumal vorgesehen ist, daß Anleihen und Kredite der Gemeinden einer Genehmigung bedürfen. Da die Anleihen und Kredite der Gemeinden zum allergrößten Teil für den Wohnungsbau Verwendung finden, wird diese Maßnahme das Baugewerbe und damit auch die Bauarbeiterschaft erheblich treffen. Angesichts der trostlosen Lage auf dem Arbeitsmarkt wäre es dringend notwendig gewesen, daß in dem Finanzprogramm der Reichsregierung Richtlinien aufgestellt worden wären zu dem Zweck, durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten den Arbeitsmarkt langfristig zu entlasten. Das ist ein deutlicher Mangel in dem Programm. Nach unserer Auffassung ist es nicht damit getan, daß man der Wirtschaft steuerliche Erleichterungen gewährt, die Abwanderung der Kapitalmassen in das Ausland verhindert und die Kapitalbildung fördert. Ebenso wichtig ist, daß man den 20 Millionen Hand- und Kopfarbeitern, die es in Deutschland gibt, Arbeitsmöglichkeiten sichert.

Was wir in dem Finanzprogramm der Reichsregierung zu fordern haben, ist

1. sofortige Erhöhung des steuerfreien Einkommens;
2. die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um 1/2 % mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, wie wir das schon seit einiger Zeit gefordert haben;
3. Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau;
4. Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und dessen finanzielle Sicherung;

5. die neuen Verbrauchssteuern dürfen ein erträgliches Maß nicht übersteigen.

Die Reichsfinanzen müssen in Ordnung gebracht werden. Diesem Grundsatz müssen auch die Gewerkschaften zustimmen. Was jedoch verlangt werden muß, ist Gerechtigkeit gegenüber allen Schichten der Bevölkerung.

Keine Katastrophopolitik!

Zu einer Zeit, in der Deutschland um Wirtschaftsgestaltung und Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und politischen Heißspornen eine Aktion unternommen, die einen neuen Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebensinteressen der Arbeitnehmerschaft bedeutet.

Mit den Schlagworten „Sicherung der Rentabilität“ und „Kapitalbildung“ wird von der vereinigten sozialen Reaktion eine Panikstimmung erzeugt, als wäre die deutsche Wirtschaft unter der jetzigen Steuer- und Sozialpolitik in eine Katastrophe hineingeführt worden.

Die Gewerkschaften erkennen selbstverständlich die Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung an. Sie bekämpfen aber jene Politik, die einseitig die wirtschaftliche und politische Macht des Unternehmertums stärkt und die Kapitalbildung in den Sparkassen sowie bei den öffentlichen Körperschaften hemmt.

Unter dem Schlagwort „Finanzreform“ wird einseitige Besitzentlastung gefordert, die andererseits eine Mehrbelastung der besitzlosen Volksmassen zur Folge haben muß. Eine solche Verschiebung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der besitzenden Klassen widerspricht nicht nur den Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch dem Wohle der deutschen Gesamtwirtschaft.

Ausgangspunkt der Finanzreform muß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen sein. In erster Linie ist der ständige Fehlbetrag, der das Reich in entwürdigender Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt zu decken. In der Zukunft darf der Haushalt nicht „am Rande des Defizits“ stehen.

Die unberufenen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in Fragen der Regierungspolitik haben die bestehenden Schwierigkeiten noch verschärft. Zu wiederholten Malen hat er notwendige Anleihen der öffentlichen Wirtschaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher des Privatkapitals im Kampfe gegen die öffentlichen Betriebe gemacht.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterschaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß.

Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen begehrtlichen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Ära neuer schwerer sozialer Kämpfe heraufzubeschwören.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
G r a f m a n n.

Allgemeiner freier Angestelltenbund
A u f h ä u s e r.

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskonjunktur.

Die Entwicklung der Wirtschaftslage weist schon seit längerer Zeit recht merkwürdige und widerspruchsvolle Erscheinungen auf. Von allen Seiten hört man die beweglichsten Klagen über den schlechten Geschäftsgang, den immer drückenderen Kapitalmangel, die unerschwinglich hohen Zinssätze, unerträglichen Steuerdruck, Zunahme der Konkurse und Betriebsstilllegungen.

»Laßt Zahlen sprechen«

1654 Streiks und Aussperrungen führte der Verband von 1924 bis 1928.

9662 Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen führte der Verband von 1924 bis 1928.

22000 Lehrlinge erhalten Löhne auf tariflicher Grundlage.

22000 Lehrlinge erhalten die Schulstunden bezahlt.

22000 Lehrlinge erhalten 4 bis 6 Tage Ferien im Jahr.

77432 Zimmerer waren von 1924 bis 1928 an Arbeitskämpfen beteiligt.

Betrachten wir jedoch die Verhältnisse von einer anderen Seite, so ändert sich das Bild und ist von einer besonderen ungünstigen Wirtschaftskonjunktur nichts zu merken. Diese zeigt vielmehr sowohl in Hinblick auf den Stand der Produktion wie der Ausfuhr alle Anzeichen eines nicht unerheblichen Aufschwungs, der bereits im Vorjahre begann und sich seitdem uneingeschränkt fortgesetzt hat.

Nicht weniger zeigt die Wagengestellung der Reichsbahn, der Binnenwasserstraßenverkehr sowie der Schiffsverkehr der deutschen Häfen in zweifelsfreier Weise, daß die Umsätze der Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahre erheblich gestiegen sind. Inzwischen hat auch der Geldverkehr infolge der am 2. November vorgenommenen Diskontermäßigung der Reichsbank eine gewisse Erleichterung und eine allgemeine Senkung des Zinsniveaus gebracht.

Diesem Umstand ist wohl mit zuzuschreiben, daß eine Reihe Unternehmungen in Zahlungsschwierigkeiten gerieten und die Zahl der Konkurse eine nicht unerhebliche Zunahme, 1928 mehr als im Vorjahre, erfahren hat. Gleichwohl bleibt die Zahl der bis Ende August dieses Jahres angemeldeten Konkurse mit 6769 noch ganz beträchtlich hinter dem Krisenjahr 1926 mit 10 417 Konkursen zurück.

Dennoch besteht zwischen Wirtschaftskonjunktur und Arbeitsmarkt ein offenes Mißverhältnis. Steigende Produktions- und Ausfuhrziffern und zunehmende Arbeitslosigkeit sind schwer miteinander in Vereinbarung zu bringen. In der Regel sind steigende Arbeitslosenziffern ein Zeichen rückgängiger Konjunktorentwicklung.

Im Gegensatz dazu vermochten die Verbrauchsgüterindustrie ihre durch die Rationalisierung gesteigerte Leistungsfähigkeit nicht auszunutzen. Die Gesamtkaufkraft der Löhne erfuhr infolge der verschlechterten Beschäftigung, der geringen Erhöhung der Einzellöhne und den erhöhten Lebenshaltungskosten keine Steigerung.

Die Groß- und Schwerindustrie kann über eine Erhöhung der Produktionskosten berechtigte Klagen nicht erheben. Soweit diese bei den Produktionsmittelindustriellen zuzugestehen sind, beruhen sie auf den wucherischen Preissteigerungen ihrer schwerindustriellen Kollegen sowie den Leerläufen innerhalb ihrer Produktion, die sich notwendigerweise mit dem Sinken der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung einstellen müssen.

Verbandsnachrichten.

Alfred Lehniger †

Am Sonnabend, 7. Dezember, ist unser Kamerad Alfred Lehniger, Guben, infolge eines Herzschlages plötzlich gestorben. Kamerad Lehniger gehörte seit einigen Jahren dem Verbandsauschuß als Mitglied an. Es ist fraglich, daß Lehniger auf der Fahrt mit der Straßenbahn zum Bahnhof Guben, von wo er nach Leipzig zur Verbandsauschußsitzung fahren wollte, gestorben ist.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Gebundener „Jung-Zimmermann“, Jahrgang 1929.

Der in Leinen gebundene Jahrgang 1929 unseres Jugendorgans „Jung-Zimmermann“ ist verhandfertig. Der Preis des gebundenen Jahrgangs beträgt 3 M.; Bestellungen nehmen die Zahlstellenvorstände entgegen, die sie an den Zentralvorstand weiterleiten.

Der Zentralvorstand.

UNTERHALTUNG WISSEN



Weihnachten der neuen Zeit.

Naturfeste waren ursprünglich alle großen Feste, die wir feiern. Die Kirche gab ihnen später ihren Sinn. Wir erfüllen sie heute mit modernem Geiste. Aber dennoch bleibt diesen Festen immer etwas von ihrem alten Ursprunge haften. Symbolisch erscheint uns immer wieder das alte Fest der Naturverehrung und der Naturverbundenheit in den Gebräuchen und Sitten der Feiertage. Und Weihnachten ist der Baum das Symbol der Ehrfurcht vor dem Natürlichen und dem großen Geschehen, wie sie den Menschen vor Jahrtausenden erfüllt hat.

Wir sind heute geistig, künstlerisch, technisch weit erhaben über jene Menschen, denen vor dem Baum noch so viel zu sagen hatte. Und doch ist es bedauerlich, daß diese wirtschaftliche Entwicklung, vom Erwerbstrieb geleitet, auf Existenz und Vorteil eingestellt, uns so sehr einer Verbundenheit mit dem Naturgeschehen entfremdete. Wir wissen viel von der Natur; ungeheuer ist der wissenschaftliche Fortschritt der Erkenntnis, und doch ist der wissende Mensch als Kind dieser wirtschaftlichen Entwicklung arm an Erlebniswerten gegenüber dem Natürlichen. Und der Weihnachtsbaum steht da im Zimmer — wie wir es gewohnt. Mit dem ganzen Gleichgültigen einer bloßen Gewohnheit. Und die Natur ist vom Walde in die Mauern herabgestiegen, und sie ließ ihren Duft, ihren Hauch des Großen, Unfasslichen — dort. Und ohne Gefühl für Erhabenheit und Weite und Geheimnis und Tiefe sieht da so mancher unter dem Baume seiner Gewohnheit — als Spießer.

Es ist nicht damit getan, daß wir Weihnachten freundlich zueinander sind und uns etwas schenken und dann auch vielleicht an die Armen und Leidenden und Hungernden und Frierenden denken. — Und das Weihnachtsfest ist manchmal einmal im Jahre die Zeit, dieser sittlichen Pflicht nachzukommen, daß er dann wieder im Leben bis zum nächsten Weihnachtsfeste seinen unweihnachtlichen Trieben und Regungen folgen kann. —

Der Baum ist das Symbol des „Du“. Da in allem vereint ist das Leben. Nicht du bist das Leben, wenn du gesondert nur deinen Zielen lebst. Der Baum ist das Symbol des Lebens als eines etwas, das da in dir und in mir und über uns allen und in allem. Und wenn wir wissen, daß dieser Baumkultus der Ehrfurcht vor dem Lebendigen in der Menschheit zurückverfolgt werden kann bis in die ältesten, uns fahbaren Zeiten, so zeigt uns das, daß dieses tiefere Gefühl gegenüber dem Leben das Urgefühl des Menschen ist, das wesentliche und eigentliche Fühlen des Menschen, das durch diese auf das Ich und das Einzelne eingestellte wirtschaftliche Entwicklung nur in so vielen verkümmerte.

Es gibt mehr als dieses Stück Ich, das in dieser Wirtschaftsschaffsordnung zum Wesentlichen geworden. Das Leben ist des Lebens Sinn. Leben ist etwas Unsterbliches, etwas Großartiges. Und darbt dein Bruder, dann ist es das Leben, das darbt. Und lechzen Menschen nach Freiheit.

Mutterchaft.

Wenn zum Feste der „Menschwerdung“ am Weihnachtsbaum die Kerzen aufflammen, denkt mancher in wehmütiger Sehnsucht an seine eigene Kindheit zurück, an seine eigene Mutter, die vielleicht schon längst im Grabe ruht. Heißere Sehnsucht läßt in einsamen Stuben Tränen rinnen oder verbirgt sie ängstlich im heiteren Freundeskreise: Sehnsucht nach dem Kinde, Sehnsucht der Frau, die nicht Mutter sein darf. In einer Zeit, wo die Mutterchaft nicht mehr unabwendbares Schicksal ist, verbieten körperliche Mängel, Erbanlage und — weit häufiger — wirtschaftliche Not, Kindern das Leben zu geben, deren Lebensbedarf und deren gesunde Entwicklung nicht fihergestellt ist. Wo das Gefühl oder die Unwissenheit noch stärker waren als diese Hemmungen, da zeigen sich die Folgen besonders deutlich im Strahlenglanze des „Festes der Kinder“. Vielleicht freuen sie selbst sich an ein wenig buntem Land. Aber der Mutter drückt es das Herz ab, daß sie ihnen nicht mehr, daß sie ihnen keinen luftigen und sonnigen Wohnraum, keine reichliche und zweckmäßige Nahrung zu bieten vermag und vor allem, daß sie, ohne die nötige Schonung während der Schwangerschaft ihnen nicht genügend Gesundheit und Kraft mit ins Leben gegeben hat.

Allerdings, mancherlei geschieht schon an Fürsorge für Mutter und Kind. Insbesondere die Wochenhilfe der Krankenkassen, auf die nicht nur die Versicherten, sondern auch Ehefrauen und Töchter der Mitglieder einen gesetzlichen Anspruch haben, ist in ihrer Bedeutung keineswegs zu unterschätzen. Dazu kommen die Schutzbestimmungen des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli 1927. Danach hat die gewerbliche Arbeiterin und Angestellte das Recht, sechs Wochen vor der Entbindung die Arbeit niederzulegen, ohne eine Kündigung befürchten zu müssen. Da ihr aber zunächst für diese Zeit (ebenso wie sechs Wochen nach der Entbindung) nur ein Wochengeld in der Höhe des Krankengeldes, also in der Regel 50 % ihres Arbeitsverdienstes gewährt wurde, zwang die bittere Notwendigkeit die meisten, so lange wie irgend möglich bei der Arbeit auszuhalten. Nach einer vom Hauptverbande deutscher Krankenkassen für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 1. Oktober 1928 durchgeführten Erhebung haben nur knapp 15 % der versicherten Schwangeren bereits sechs Wochen vor der Niederkunft die Arbeit niedergelegt, weitere 24,5 % vier Wochen, während die meisten (über 60 %) auch noch während der letzten vier Wochen gearbeitet haben.

Nicht zuletzt haben die Ergebnisse der angeführten Erhebung mit dazu beigetragen, daß durch Gesetz vom 24. April dieses Jahres die den Mitgliedern von Kranken-

kassen gewährte Wochenhilfe für die Zeit vor der Entbindung auf 75 % des Grundlohnes erhöht wurde unter der Voraussetzung, daß die Schwangere während der in Frage kommenden Zeit (bis sechs Wochen vor der Entbindung) keine Erwerbsarbeit leistet. Die Auswirkung dieser neuen Bestimmung muß erst abgewartet werden.

Sie wird kaum ausbleiben, denn daß gerade die berufstätige Frau bereit ist, ihre Mutterpflichten so gut wie irgend möglich zu erfüllen, wenn nur die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten, zeigt wiederum die bereits erwähnte Statistik, nach deren Angaben fast 93 % der versicherten Mütter ihre Kinder gestillt haben. Fast 25 % allerdings mußten mit der natürlichen Ernährung schon vor dem vierten Monat aufhören, meist wohl nach sechs Wochen, wenn die Wochenhilfe abgelaufen ist und die Erwerbsarbeit wieder beginnen muß.

Wenn es gelungen ist, in einem Vierteljahrhundert die Säuglingssterblichkeit auf die Hälfte herabzudrücken, so ist dies der beste Beweis dafür, daß die für Mutter und Kind verausgabten Mittel nicht verschwendet worden sind. Auch volkswirtschaftlich gesehen bedeuten diese Ausgaben, mögen sie auch 72½ Millionen Mark im Jahre betragen, nur einen geringen Aufwand gegenüber den Verlusten, die Geburt und früher Tod zahlreicher Säuglinge mit sich bringen.

Dazu kommen mancherlei Erkrankungen der Mutter, machen die „Frauenkrankheiten“ nach einer Statistik der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin 13,4 % aller Erkrankungsfälle weiblicher Kassem Mitglieder aus. Dabei handelt es sich fast durchweg um Erkrankungen, die bei rechtzeitiger Hilfe heilbar und die durch vorbeugende Maßnahmen vermeidbar sind. Deshalb tut neben dem Ausbau der sozialen Fürsorge in erster Linie Aufklärung der breitesten Bevölkerungskreise not.

Die Kanone.

Ein Weihnachtsmärchen von Ernst Preczang.
Es war einmal eine Kanone. Die stand in einer ehrwürdigen, rohbedeckten Scheune, die so alt war, daß ihr schon Moos auf dem Haupte wuchs. Hinter ihr erhob sich ein Hügel, auf dem einst eine Windmühle bedächtig die langen, breiten Flügel gedreht hatte.

Jetzt lag die Mühle in Trümmern — gerade wie das Haus, das einmal neben der Scheune gestanden hatte. Von diesem Wohnhause des Müllers waren nur kahle, verbrannte Mauern übrig geblieben, und ein paar verkohlte Stiebelbalken ragten düster in die Luft wie ein schwarzer Galgen, der ausgerichtet schien, das Haus zu erwürgen. Es war ja nun auch längst tot, und nur die betagte Scheune lebte noch, trotzdem sie längst auf altersschwachen Füßen stand und darum zu allererst abbruchwürdig gewesen wäre.

Aber es geht ja nicht logisch zu in der Welt, was auch die Philosophen sagen mögen.

Was hätte sonst eine Kanone in einer Scheune zu suchen?

Sie machte sich ganz ungeniert dort breit auf ihrer zerbrochenen Lafette und den zerbrochenen Rädern, die ihre Speichen von sich strecken und eingeknickt waren, als seien sie schwach geworden unter der dicken, schweren Last des zerbeulten Rohres.

Es wurde nie ganz hell in dieser Scheune. Am Tage floß nur eine matte Dämmerung durch zwei kleine, ganz oben in der Mauer angebrachte Fenster, und nachts war höchstens ein neugieriger Stern einen flüchtigen Blick herein und verzog sich schleunigst, wenn er auf das fleischende Maul der Kanone traf.

Warum sollte es hier auch hell sein?

Seitdem der schwarze Galgen am Haupte ausgerichtet worden, kümmerte sich kein Mensch mehr um die Scheune. Irgendwer hatte die großen, breiten Torflügel zugeworfen, und die wenigen Leute, die noch im nahen Dorfe wohnten, gingen scheu an der verwüffelten Stätte vorüber.

Kein Wunder, daß die Türangeln tief im Roste staken. Darum knarrten und kreischten sie gar schauerlich in die Nacht, als sie nun langsam geöffnet und gleich wieder geschlossen wurden.

Ein Mensch stand im Dunkel und lauschte.

Dann flammte ein Fündholz auf und gleich darauf ein Licht — eine Weihnachtskerze.

Sie beleuchtete ein häßliches, verwittertes Gesicht voll Sorgenfalten. Die hungrigen Augen blickten vorsichtig in allen Ecken umher und erschranken heftig, als sie das aufgerissene Maul der Kanone trafen.

Der Mann wollte schon umkehren und zog den aufgeschlagenen Kragen seines verschossenen Mantels enger zusammen. Aber dann sagte er Mut, lächelte freundlich, nahm den zerbeulten, schneebedeckten Hut ab und verbeugte sich: „Gestatten eiserne Hoheit, daß ein armer Wanderer sich in Ihrem Schutze niederläßt, um das Fest der Liebe zu feiern?“

Die Kanone brummte undeutlich.

„Ich nehme es als Zustimmung, eiserne Hoheit. Man hat Ihnen schwer zugefügt, wie ich sehe, und insofern sind wir Brüder; denn auch ich bin ausgerangiert.“ Er ließ einige Lichttropfen auf das Rohr fallen und stellte die Kerze fest.

Dann raste er das umherliegende Heu und Stroh zusammen und bereitete sich ein Lager. Ein Eisenhammer lag ihm im Wege; den stellte er neben die Kanone. Und einen alten verrosteten Pflug rückte er zur Seite. Er entledigte sich des Mantels, ließ sich nieder, holte ein Stück Brot aus der einen, eine Flasche aus der andern Tasche und aß und trank mit Gier und mit Behagen.

Dann zündete er sich eine Pfeife an, strackte sich lang, deckte sich mit dem Mantel zu und blinzelte mit träben Augen in das leise flackernde Licht.

„Weihnachten“, flüsterte er, „Weihnachten . . .“

„Weihnachten.“ Der Hammer senkte tief.
„Bist du es, Bruder Hammer?“ fragte der Pflug. „Wir kennen uns doch von der Schmiede her, sollte ich meinen.“
„Freilich, Bruder Pflug, freilich. Aber es muß lange, lange her sein, daß wir uns dort gesehen haben.“

„Allerdings. Doch wer kann in diesem dunklen Loch die Tage zählen? Ehemals begann ich mit jedem Sonnenaufgang mein Werk, aber nun bin ich wohl überflüssig.“
„Ja“, sagte die Kanone. „Jetzt pflüge ich die Felder. Und gründlicher als du.“

„Dann bist du eine neue Art von Pflug?“
„Gewiß, habaha! Ich wühle die ganze Welt um. Du warst immer ein wenig oberflächlich. Ich gehe mehr in die Tiefe.“

„Daß man so etwas auf seine alten Tage erleben muß! . . . Aber wie kommst du hierher, Bruder Hammer?“

„Ich? Man hat mich einfach vom Amboß gerissen, hierher geschleppt und mich in die Ecke geworfen. Da lag ich nun bis heute unter dem Stroh und dachte darüber nach, was eigentlich in die Menschheit gefahren ist, denn das ist doch kein Platz für einen ehrlichen Hammer.“

„Nein. Ich bin auch nicht an meinem richtigen Platz. Das merke ich jetzt, wo ich die Kerze sehe. Sie erinnert mich an Weihnachten, Bruder Hammer.“

„Heute ist Weihnachten. Der alte Handwerksburche sagte es vorhin.“

„Mag sein. Ich merke nichts davon. Früher stand ich auf der Tenne des Müllers. Und wenn die Tür zur Stube aufging, hörte ich das Lachen und Singen der Kinder, und viele, viele Lichter spiegeln sich in meinem blanken Eisen. Denn ich war nicht immer so verrostet wie heute, das kannst du glauben.“

„Ich weiß es, Bruder Pflug. Ich war ja auch einmal jung und blühblank. Damals legte mich unsere junge Frau unter den Tannenbaum und sagte zum Schmied: „Diesen schönen Hammer schenke ich dir. Er soll uns Brot schaffen und unser Glück schmieden.“ Das habe ich auch getan, Bruder Pflug. Es ging fröhlich und glücklich zu in unserer Schmiede. Wir liebten das Schaffen und Bauen . . . Aber dann kam der Krieg.“

„Jawohl!“ Die Kanone riß ihr breites Maul auf und lachte dröhnend. „Dann kam ich und brachte Leben in die muffigen Wuden! Deinem Schmied pustete ich den Schornstein weg, und die Mühle habe ich mit einem Hauche meines Mundes fortgeblasen. In das Haus nebenan spuckte ich zweimal hinein, und die Flammen schlugen hoch aus dem Dache — habaha!“

„So. Also das warst du!“ sagte böse der Pflug. „Ich hörte die Kinder schreien und den Müller schauerlich fluchen. Ihn haben sie fortgeschleppt und die Müllerin ist verrückt geworden. Seitdem liegen die Acker brach, und ich muß hier verrotten. Fluch über dich, du Antier!“

„Habaha. Ja, so pflüge ich!“

„Sei ruhig! Oder — . . .“ Der Hammer nahm eine drohende Haltung an. „Das sind Weihnachten, Bruder Pflug! Mein Schmied wird in diesem Jahr auch keinen Lichterbaum haben. Als die Esse durch das Dach stürzte, flüchtete die Frau mit ihrem kleinen Kinde, lief davon mit den vielen, vielen andern, schreiend und jammernd, und der Schmied selbst warf sein Schurzfell ab und ging schnurstracks unter die Soldaten. Das sollt Ihr mir bezahlen!“

„Ichrie er. Nun, er hat eine gute Hand, mein Schmied, und vielleicht ist er es sogar gewesen, der dir da oben das Maul so breit geschlagen hat, he du?“

„Das ist nur ein vorübergehender Zustand“, brummte hochmütig die Kanone. „Ueberhaupt streite ich mit solchen kleinen Kläffern, wie Ihr seid, gar nicht.“

Die Kerze flackerte schon eine Weile ganz unruhig. Nun sagte sie beschwörend: „Ihr solltet freundlicher miteinander reden. Heute ist doch das Fest der Liebe.“

„Davon steht nichts in meinem Kalender“, erwiderte die Kanone. „Wenn ich nicht etwas schwach auf den Beinen wäre, möchte ich lieber auf meine Art predigen. Aber es wird schon der Tag kommen, wo man mich wieder holt. Und dann —“

„Dann“, fiel der Hammer spöttisch ein, „wirft du in unsere Schmiede gebracht. Wir glühen dir deine Wosheit aus und machen einen vernünftigen Pflug aus dir. Ich würde dich gern zurechtshämmern.“

„Pah!“ Die Kanone lachte verächtlich. „Dazu gehe ich mich nicht her. Mir steht noch eine große Zukunft bevor. Man wird mich holen, auf einem großen herrlichen Platz aufstellen und mit Laub und Blumen bekränzen. Ruhm und Ehren werden sich auf mich häufen und alles Volk wird zusammenströmen und mich bewundern.“

„Ach, du Prahlhans!“ lachte der Hammer.

„Entartetes Eisen!“ sagte der Pflug.

„Wenn Ihr wüßtet, wer ich bin, würdet Ihr anders sprechen. Ich bin die Kanone, die den ersten Schuß gefan hat!“

„Antier!“ schrie der Pflug.

„Scheusal!“ der Hammer.

Und beide fuhren wild auf die Kanone los.

Die Kerze flackerte entsetzt auf: „Liebet Euch . . .“

„Liebet . . .“ und stürzte hinab in das Stroh.

Der alte Wanderer erwachte und sah mit seinen hungrigen Augen stier und furchtbar umher. Eine kleine, schwelende Flamme kam auf ihn zu. Da sprang er empor, stieß die Torflügel auf und lief wie geheizt querfeldein über die schneebedeckten Acker und Gräben.

Nun sah der halbe Sternenhimmel in die Scheune hinein. Und als die Sterne das fleischende, glühende Maul der Kanone sahen, floßen auch sie in wildem Entsetzen, und der Himmel ward dunkel und rabenschwarz.

Nur die Scheune flammte rot in die Christnacht empor.

Berichte aus den Zahlstellen

Afchersleben. Am 9. Dezember fand unsere, wenn auch etwas vorzeitige, Jahres-Hauptversammlung statt. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß die tariflichen Lohnbewegungen, die immer mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt wurden, obgleich sie als Erfolge anzusprechen sind, nicht immer mit Genugtuung quittiert werden konnten. Die vom Unternehmertum versuchte Einführung der Akkordarbeit ist hier am Orte dank des energischen Widerstandes unserer Kameraden zunichte geworden. Unverkennbar wurde in diesem Punkte ein Stück Pionierarbeit in unserer Zahlstelle geleistet. Die Jugendbewegung im Zahlstellengebiet hat sich seit ihrem vorjährigen Bestehen immer mehr entwickelt und gefestigt. Die Finanzlage des Lokalverbogens ist als eine nicht ungünstige zu bezeichnen. Die Bildungs- und Werbearbeit im Zahlstellengebiet hat ihren Zweck nicht verfehlt. Mit großem Eifer waren die Kameraden bei der Sache, und diese wichtige Verbandsarbeit müssen wir auch für die Zukunft fortsetzen. Durch intensive Werbearbeit ist es uns gelungen, dem Verbands noch Fernstehende zu gewinnen. Die zielbewusste Gewerkschaftspolitik der Kameraden hat sich auch in diesem Jahre durch keinerlei politische Einflüsse beeinträchtigen lassen. Dem alten Vorstand wurde durch einstimmige Wiederwahl das Vertrauen der Zahlstelle bekundet. Die anschließende Wahl der Revisoren brachte keine wesentlichen Veränderungen. Nach der Wahl eines Prüfungsgesellen und Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die von gutem Gewerkschaftsgeiste durchdrungene Versammlung geschlossen.

Braunschweig. Am 7. Dezember fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kamerad Kühn hielt einen Vortrag über die Reformvorschläge zur Krankenversicherung. An Hand von Beispielen zeigte der Referent, wie notwendig die Reform der Krankenversicherung ist und mit welchen Mitteln das gesamte Unternehmertum dagegen anzukämpfen bestrebt ist. Besonders hob er hervor, daß die Versicherten ihren Vertretern in diesen Körperschaften das nötige Vertrauen entgegenbringen müssen. Durch das weit verzweigte Gebiet der Sozialversicherung ist es nicht in allen Fällen möglich, in aller Kürze eine endgültige Entscheidung treffen zu können. Der vorgeschriebene Instanzenweg muß eben beschritten werden. Redner gab auch der Hoffnung Ausdruck, daß es unter allen Umständen gelingen muß, die Reform in unserm Sinne zu gestalten. Des weiteren wurde die Weihnachtunterstützung für unsere alten und invaliden Kameraden besprochen und ein dahingehender Vorschlag des Vorstandes, die Weihnachtunterstützung abgestuft nach der Dauer der Mitgliedschaft festzusetzen, einstimmig angenommen. Ferner nahm die Versammlung zu dem Vorgehen des Zentralvorstandes gegen den Berliner Zahlstellenvorstand Stellung. Eine vom Vorstand vorgelegte Entschließung wurde einstimmig gutgeheißen, in der betont wird, daß der Zwischenfall zu bedauern ist; aber ebenfalls wird aus schärfster Verurteilung das Vorgehen des ausgeschlossenen Zahlstellenvorstandes, wenn er anstatt des beschwerdeweges sich das vorläufige Recht herausnimmt und eine Sonderorganisation gründet. Solche Machenschaften können nicht genug gebremst werden. Die Zahlstellenversammlung steht auf dem Standpunkt, daß Abplitterungen unter allen Umständen zu vermeiden sind und nur eine fest gefügte Organisation im Interesse des Verbandes und der gesamten Arbeiterschaft zum Ziele führt. Mit einem Hinweis des Vorsitzenden, die am 29. Dezember stattfindende Jahreshauptversammlung zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Bremen. Am 20. November fand im neu erbauten Volkshaus unsere Mitgliederversammlung statt, die als Werberversammlung gedacht war. Kamerad Schumann vom Zentralvorstand referierte über das Thema „Unser Zentralverband, seine Aufgaben und seine Erfolge“. Der Referent schilderte die Entwicklung der Arbeiterbewegung bis heute. Die immer größer werdende Abhängigkeit der Arbeiterschaft vom Unternehmer bedingte ihren Zusammenschluß in Gewerkschaften. Die Koalitionsfreiheit, wie wir sie heute haben, kannte man zur damaligen Zeit überhaupt nicht. Die 1869 geschaffene Gewerbeordnung ließ wohl den Zusammenschluß von Arbeitnehmern zu wirtschaftlichen Vereinigungen zu, aber im gleichen Gesetz waren ebenfalls Bestimmungen enthalten, die ein Koalieren sehr erschweren. Schon vor der Zeit des Sozialistengesetzes gab es Zusammenkünfte der Arbeiterschaft in sogenannten Arbeitervereinen. Durch das Sozialistengesetz wurden die Vereinigungen teils wieder aufgehoben und nur auf illegalem Wege mußte die Arbeiterschaft versuchen, sich zu vereinigen. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war es erst möglich, Gewerkschaften in unserm heutigen Sinne zu bilden. Schon lange vor dem Kriege versuchten die Gewerkschaften ihren Einfluß geltend zu machen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Einen staatlichen Zwang, die Tarifverträge und Vereinbarungen auch durchzuführen, gab es noch nicht. Erst in der Nachkriegszeit war es möglich, das Befähigungsfeld der Gewerkschaften noch wesentlich zu erweitern. Redner wies auch auf die Erfassung der Lehrlinge hin, die für die Gewerkschaften von großer Bedeutung ist. Heute bestehen die Aufgaben der Gewerkschaften nicht nur darin, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln, sondern das Gebiet hat sich wesentlich erweitert, um auch einen wirtschaftspolitischen Einfluß geltend zu machen. Die Richtlinien für die freien Gewerkschaften werden auf den Gewerkschaftskongressen und die Satzungen der einzelnen Verbände auf ihren Verbandstagen aufgestellt. Redner betonte mit aller Eindringlichkeit, daß die Kameraden und besonders die Funktionäre verpflichtet sind, die Satzungen und Beschlüsse des Verbandes durchzuführen. Nicht Sonderbündeleien dürfen angezektelt werden, sondern nur die Geschlossenheit im Zentralverband kann uns zum Ziele führen. Durch großen Beifall bewiesen die Kameraden ihr Interesse für den Vortrag. In der Diskussion wurde ebenfalls noch von einigen Kameraden darauf hingewiesen, daß es Pflicht jedes Kameraden sei, auf den Bau- und Arbeitsstellen dafür zu sorgen, daß sämtliche Zimmerer dem

Verbande zugeführt werden und daß sich auch jeder dafür hergibt, als Funktionär zu wirken. In seinem Schlußwort betonte Kamerad Schumann nochmals eingehend die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller arbeitenden Menschen, denn nur auf dieser Basis kann der Lebensstandard der Arbeiterschaft und ihr kulturelles Niveau gehoben und den Verhältnissen angepaßt werden. Kamerad Casper sprach seine Anerkennung darüber aus, daß die Beteiligung an der Versammlung gut gewesen sei und schloß die Versammlung.

Cüstrin. Am 1. Dezember fand unsere Zahlstellenversammlung statt. Kamerad Peter hielt einen kurzen Vortrag über das Bau- und Platzdelegiertenwesen. Immer wieder muß betont werden, daß auf sämtlichen Bau- und Arbeitsstellen Delegierte zu wählen sind. Besonders sollen sich auch auf den Baustellen als Vertrauensleute unsere jüngeren Kameraden zur Verfügung stellen. Es muß Aufgabe der Baudelegierten sein, besonders auf die Bauarbeiterbeschäftigungen zu achten. Ferner kann nicht oft genug betont werden, daß der Einhaltung der tariflich festgelegten Arbeitszeit ein besonderes Augenmerk geschenkt wird. Es ist ein außerordentlich unsolidarisches Verhalten der Kameraden, die in der heutigen Zeit bei der großen Arbeitslosigkeit immer noch versuchen, länger zu arbeiten. Auch ist es Pflicht der Baudelegierten, sich mehr denn je um unsere Lehrlinge zu kümmern. Der Lehrling muß im Baudelegierten einen Helfer und Berater finden; auch die regelmäßige Bücherkontrolle ist von eminenter Wichtigkeit. Anschließend wurden die eingelaufenen Rundschreiben bekanntgegeben. Zum Schluß gab der Vorsitzende davon Kenntnis, daß am 5. Januar, nachmittags 3 Uhr, die Jahreshauptversammlung stattfindet. Es ist Pflicht aller Kameraden, zu dieser Versammlung zu kommen. Mit einem Appell, das Besprochene auch zu befolgen, wurde die Versammlung geschlossen.

Düsseldorf. Die Vereinigung innerhalb der Zahlstelle hat im Laufe der verfloffenen Woche weitere Fortschritte gemacht. Der frühere Kassierer Hüttner hat inzwischen abgerechnet. Aber obgleich es Hüttner durch die einstweilige Verfügung des Hamburger Landgerichts vom 30. November unter Androhung der im Gesetz vorgesehene Geld- oder Haftstrafen verboten ist, über das Vermögen des Verbandes, Zahlstelle Düsseldorf, möge es bestehen in Forderungen, Liegenschaften, Geld oder andern beweglichen Sachen oder worin auch immer, zu verfügen, hat er dennoch mit einem Teil der alten Bezirkskassierer abgerechnet und sich auf diese Weise widerrechtlich Vermögenswerte des Verbandes angeeignet. Dafür wird er natürlich zur Rechenschaft gezogen. In allen Bezirken der Zahlstelle sind inzwischen Bezirkskassierer gewählt. Die erst im Laufe dieses Jahres angeschaffte neue Verbandsfahne haben sich die kommunistischen Strategen ebenfalls widerrechtlich angeeignet, aber auch diese werden sie wieder an jene Stelle zu schaffen haben, wo sie hingehört. Die für Montag, 9. Dezember, einberufene Vertrauensmännerführung war von rund 50 Kameraden besucht. Der Bericht über die von uns in der Zahlstelle ergriffenen Maßnahmen wurde mit großem Interesse entgegengenommen und gutgeheißen. Alle Kameraden waren froh, daß nunmehr endlich die Wege geebnet sind, damit auch innerhalb der Zahlstelle Düsseldorf wieder Verbands- und sonstige Gewerkschaftsarbeit geleistet werden kann. Die erforderlichen Funktionäre stellen sich in fast allen Fällen freiwillig zur Verfügung. Sobald die kassengeschäftliche Vereinigung zum Abschluß gelangt ist, wird eine Versammlung der verbandstreuen Mitglieder einberufen. Das bisherige arbeiterfeindliche und geradezu verbrecherische Treiben einzelner bisher leitenden Personen der Zahlstelle ist mit voller Absicht auf die Spaltung des Verbandes betrieben, um sich damit des von ihrer KPD-Partei erhaltenen Auftrages zu entledigen. Den Beweis haben diese Leute bereits erbracht, indem sie durch Flugchriften bekanntgaben, daß der „neue Laden“ aufgemacht ist und unter der Firma „Verband der Zimmerer und verwandter Berufe, Düsseldorf“ nach Berliner Muster aus der Taufe gehoben wurde. Ein Büro hat die Firma Hennig & Co. ebenfalls aufgemacht, das sich in dem Gebäude des kommunistischen Kriegsschädigten-Verbandes befindet. Der neue Berliner Musterverband tritt auch sofort als der „billige Jakob“ auf, indem er den Wochenbeitrag auf 1,50 M festsetzte. Dieser Beitrag soll zur Erhaltung der Schlagkraft der Organisation und zur Führung von Wirtschaftskämpfen verwendet werden. Welche Logik! Nachdem man seinen eigenen Verband auf Befehl der KPD-Leitung zerschlagen hat, erhebt man Beiträge zur Erhaltung der Schlagkraft der Organisation. Wir haben die bestimmte Zuversicht, daß die übergroße Mehrheit der Düsseldorfer Zimmerer sich von diesen Spaltungsbestrebungen fernhalten wird und die Verbandstreue zu wahren weiß. Die rheinische Bauarbeiterfahne hat in der Gewerkschaftsspaltung schon Erfahrung gesammelt und bisher schon genügend Lehrgeld bezahlt; besteht doch neben den freien Verbänden die christliche Gewerkschaftsbewegung, dann noch der Industrieverband der Berliner Kaiserlichen Richtung, so daß es nicht auch noch eines KPD-Verbandes, „Industrieverband, Gruppe Bau“, bedarf, wovon der jetzt in Düsseldorf gegründete neue KPD-Zimmererverband nur ein Ableger sein wird. Kameraden! Wahret also die Einheit!

Wiesbaden. Am 1. Dezember feierte die Zahlstelle Wiesbaden ihr 41jähriges Stiftungsfest in Form einer Festversammlung. Nach einem einleitenden Gesang des hiesigen Arbeitergesangsvereins hielt Kamerad Melzer vom Zentralvorstand die Festrede. Der Referent überbrachte zunächst die besten Grüße vom Zentralvorstand an die Wiesbadener Kameraden und schilderte in seinen Ausführungen die Entwicklungsgeschichte der Zahlstelle. Das Organisationsverhältnis im Wiesbadener Zahlstellengebiet kann als sehr gut bezeichnet werden. Dieses günstige Organisationsverhältnis war nur unsern älteren Kameraden zu verdanken, die mit der größten Aufopferung ihr Bestes für die Verbandsidee hergaben. Zum Schluß betonte der Referent, daß die jüngeren Kameraden sich an der Tätigkeit der Ältern ein nachahmenswertes Beispiel nehmen sollen, um ebenfalls unentwegt für die Entwicklung der Zahlstelle und damit für die Entwicklung des Gesamtverbandes zu wirken. Den Ausführungen des Kameraden Melzer wurde reicher Beifall gezollt. Hierauf beglück-

wünschte der Vorsitzende die Kameraden Kemser, Philipp Bohmann und Wilhelm Eismann, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken können, und überreichte ihnen für die langjährige Mitgliedschaft die vom Zentralvorstand herausgegebene Ehrnurdkunde. Der Vorsitzende hob ebenfalls hervor, daß die jüngere Generation sich in gleicher aufopferungsvoller Weise für den Verband einsehen muß zum eigenen Nutzen und als Dank für unsere alten Kämpfer. Hierauf trugen die Sänger noch einige Lieder vor und der Arbeitermusikverein ließ frohe Weisen erklingen. Allen Teilnehmern wird diese Festversammlung lange in Erinnerung sein.

Baugewerbliches

Risiko der Bauarbeiter. Am 6. Dezember ereignete sich in Waldenburg in Schlesien ein bedauernswerter Bauunfall. Unser Kamerad Reinhold Knorn stürzte beim Richten über die Außenmauer vom dritten Stockwerk und streifte beim Fallen einen eisernen Spitzenzaun, an dem er aufgespießt wurde. Mit schweren Knochenbrüchen und Schädelbruch sowie vielen andern Verletzungen wurde der Verunglückte ins Krankenhaus eingeliefert, wo er in der darauffolgenden Nacht den schweren Verletzungen erlegen ist. Ein Tatbestand, wie er sich nicht trauriger abspielen konnte. Zweifellos liegt ein grober Verstoß gegen die baupolizeilichen Vorschriften vor. Eine willkürliche Umgehung der Unfallverhütungsvorschriften konnte tatsächlich festgestellt werden. Kamerad Knorn war bei der Firma Schröter & Hanke auf den Neubauten der Treubandgesellschaft für Bergmannswohnstätten in Dittersbach bei Waldenburg beschäftigt. Die Maurerarbeiten werden dort von der Firma Ratich & Gedike, Dittersbach, ausgeführt. Trotz der Bestimmung, daß nicht über die Hand gemauert werden darf, gibt es in unserm ganzen Gebiet auch nicht ein Geschäft, das sich danach richtet. Bestrafungen erfolgen trotz Anzeigen nicht. Aus diesem Grunde werden zum Teil keine Außengerüste aufgestellt, und wenn es einmal geschieht, dann noch so mangelhaft, daß man erst nicht drauftreten kann. Auf dieser Baustelle fehlte das Gerüst auf der Hofseite und den Siebseiten ganz. Die Vorderfront ist mangelhaft und die Absturzstelle war gar nicht berüstet. Durch diese Mängel konnte das Unglück geschehen. Jahrelang fordern unsere Kameraden in Verbindung mit der Bauarbeiterschulungskommission die Anstellung eines Baukontrolleurs, aber immer ohne Erfolg. Wie unverantwortlich auf diesen Baustellen gewirtschaftet wird, geht aus dem obigen Tatbestand hervor. Aber auch die am Bau beschäftigten Arbeiter sind nicht von der Mitschuld freizusprechen. Der Unternehmer muß gezwungen werden, die Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten. Der Betriebsvertretung steht nicht nur das Recht zu, sondern sie ist verpflichtet, für den nötigen Schutz — um das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter zu gewährleisten — zu sorgen. Wenn rechtzeitig die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, dann können Bauunfälle auf ein Minimum herabgedrückt werden.

Gewerbliches

Wie das Handwerk die Lehrlingslöhne regelt. Es verlohnt sich, davon Notiz zu nehmen, wie das Handwerk die Lehrlingslöhne festsetzt, wenn den Arbeitnehmern keine gleichberechtigte Mitwirkung möglich ist. Nach dem „Deutschen Handwerksblatt“ vom 15. November 1929 waren die mitteldeutschen Handwerkskammern am 18. Oktober dieses Jahres in Raumburg a. d. Saale zu einer Sitzung zusammengetreten, über die berichtet wird: „Synodus Stier berichtete über die Regelung der Lehrlingsentschädigung bei den mitteldeutschen Kammern, die nicht in einheitlicher Weise erfolgen könne. Für die Kammern Dessau, Halle, Magdeburg, Meiningen und Weimar wurden vorbehaltlich der Genehmigung der Vollversammlungen folgende Entschädigungssätze beschlossen:

- 1. Halbjahr 2,— M.
- 2. Halbjahr 2,50 „
- 2. Lehrjahr 3,50 „
- 3. Lehrjahr 5,— „
- 7. Halbjahr 6,— „
- 8. Halbjahr 8,— „

Die Kammern Erfurt und Gera behielten die bisherigen Sätze bis auf weiteres bei. Bezüglich Gewährung von Urlaub an Lehrlinge wurde für den Bereich des Mitteldeutschen Kammertages beschlossen, den Lehrlingen in jedem Jahr einen Urlaub von sechs Tagen zu gewähren, dessen Zeit der Lehrherr bestimmt.“ Man kann hieraus den Eindruck erhalten, daß zum Ausgleich für die paar Urlaubstage die Entlohnung besonders niedrig gehalten werden soll. Will das Handwerk damit erneut der Öffentlichkeit beweisen, daß es höchste Zeit ist, mit den Vorrechten der Handwerkskammern aufzuräumen?

Warnung vor Auslandsstellenvermittlern. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß entweder in inländischen Zeitungen vom Auslande her Auskunft und Stellenvermittlung angepriesen wird, oder daß auf Anzeigen in inländischen Zeitungen, worin der Inferent zu erkennen gibt, daß er eine Stellung im Auslande sucht, ausländische Auskunfts- und Vermittlungsbüros ihre Dienste anbieten. So erbietet sich A. Massenbach in Vancouver zur Vermittlung von Stellen für Kanada, John Fisher in New York für die Vereinigten Staaten und Carlos Hugo in Sao Paolo für Brasilien, letzterer sogar mit dem Lockmittel der Verheißung freier Ueberfahrt. Es kommt diesen Vermittlern fast nur darauf an, die Gebühren „für Unkosten“ von den Stellungsuchenden zu erlangen. Für die Vereinigten Staaten und im allgemeinen auch für Kanada ist die Vermittlung auf festen Vertrag nach den in diesen Ländern geltenden Gesetzen verboten. Diese Gesetze werden rücksichtslos gehandhabt. Danach ist also eine Inanspruchnahme dieser Stellenvermittlung wertlos. Da auch der genannte Hugo keine freie Ueberfahrt nach Brasilien verschaffen kann, so gilt dasselbe für seine Stellenvermittlung. Wer auswandern will, wende sich um Auskunft an eine der vorbandenen gemeinnützigen Auswanderer-Beratungsstellen.

Geheimrat Quisberg und Gewerkschaftspresse. Auf der Sondertagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Quisberg, in seiner Eröffnungsrede auch mit der Gewerkschaftspresse. Er begrüßte mit „besonderer Freude“ die zahlreich erschienenen Herren Vertreter der Presse. Die Denkschrift des Reichsverbandes „Aufstieg oder Niedergang?“ sei weitgehend beiproben und gewürdigt worden. Wörtlich erklärte Herr Quisberg: „Wir fürchten die Kritik nicht. Wir halten sie für Klärung der Lage für dringend erforderlich.“ Im allgemeinen sei festzustellen, daß jetzt die Einsicht kommt. In diesem Zusammenhange führte der Vorsitzende des Spitzenverbandes der Industrie folgendes aus: „Nur die Presse der Gewerkschaften steht den Vorgängen in der Wirtschaft blind gegenüber, huldigt immer noch der verhängnisvollen Irrlehre, daß, was vielleicht in dem aufstrebenden Amerika richtig, auch bei uns in Deutschland, in dem die Verhältnisse ganz anders gelagert sind, Günstigkeit habe: daß nämlich steigende Löhne höheren Absatz und damit verbundene Produktionsförderung mit sinkenden Einstandspreisen zur Folge haben. Man höhnt uns sogar, daß wir, man höre und staune, die Frechheit, wie man sagt, haben, eine Rentabilität unserer Arbeit und damit verbunden die Bildung von Eigenkapital für Wirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft verlangen. (Was für ein Deutsch!) Man hält dies für krassen Egoismus und Rückfall in die abgetane Individualwirtschaft.“

Die Gewerkschaftspresse hat also bei dem Allgewaltigen des Reichsverbandes nicht die günstige Zensur wie die Tagespresse erhalten. Damit müssen wir uns abfinden. Aber wenn Herr Quisberg die öffentliche Kritik nicht fürchtet, warum regt er sich dann derartig auf? Herr Quisberg muß uns schon gestatten, daß auch die Gewerkschaftspresse ihre eigene Meinung hat und die Dinge anders sieht, wie sie von der Königin-Augusta-Straße 28 aus gesehen werden. Die Flaumacherei und die übertriebene Schwarzmalerei können die Gewerkschaften nicht mitmachen, sondern müssen sie gebührend kennzeichnen. Wir sind immer noch der Ansicht, daß hohe Reallohne steigenden Absatz bedeuten. Wäre die Wirtschaft in Deutschland allein nach den Wünschen der Industriellen in den letzten Jahren verlaufen, dann wäre dieser Aufstieg, der immerhin eingetreten ist, nicht zu verzeichnen gewesen. Auch in Zukunft wird die Gewerkschaftspresse das sagen, was sie für richtig hält und was uns im Interesse der Hand- und Kopfarbeiter geboten erscheint.

Genossenschaftsbewegung

Der finanzielle Nufeffekt bei den Konsumgenossenschaften. Es wird von den Verbrauchern in Stadt und Land, insbesondere aber von Arbeitern, Angestellten und Beamten viel zu wenig beachtet, daß der finanzielle Nufeffekt der konsumgenossenschaftlichen Organisation ein außerordentlich großer ist. Man ist gewohnt, die Rückvergütung auf den Warenabsatz, welche in Vorkriegszeiten 9 bis 10 % betrug, heute aber, unter der Entwicklung der Steuerbelastung und eines ungenügenden Durchschnittsumsatzes nur noch 5 %, als den maßgebenden Faktor für die Beurteilung der wirtschaftlichen beziehungsweise finanziellen Leistungen und Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften zu betrachten und deshalb — zu unterschätzen. Und der Handel stützt gern seine Argumentation über die geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seines gefährlichsten Gegners auf solche Berechnungen, obwohl er am besten fühlt, daß für ihn die Frage der Preisregulierung den entscheidenden Wirtschaftspunkt bildet, der ihm die konsumgenossenschaftliche Bewegung so unangenehm macht. Dieser unsichtbare Wirtschaftspunkt aber — Regulierung der Warenpreise zugunsten der Verbraucher — die an sich zweifellos eine jährlich in die Hunderte von Millionen Mark gehende volkswirtschaftliche Bedeutung besitzt, steht noch die sichtbare finanzielle Wirtschaftsförderung der Konsumgenossenschaften in der Rückvergütung auf den Warenabsatz, im Ueberschuß und in den Reserven gegenüber, welche sofort die außerordentliche Höchstleistung der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation erkennen läßt, die sich auf die Konzentration der Verbrauchermassen und ihre Kaufkraft stützt. Legt man nämlich, wie im kapitalistischen Wirtschaftsprozess, das für die konsumgenossenschaftliche Wirtschaft verwendete eigene Betriebskapital der Mitglieder als Wertmesser für den erzielten finanziellen Nufeffekt — Rückvergütung, Ueberschuß und Reserven — zugrunde, so ergibt sich folgende interessante Tatsache, die aus den Jahresberichten des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine destilliert werden kann: Die Geschäftsguthaben (Betriebskapital) der Mitglieder der angeschlossenen Konsumgenossenschaften betragen in den Jahren 1924 bis 1928 durchschnittlich 30 1/2 Millionen Mark. An Aufwertung abzugeben sind hiervon 10 1/2 Millionen Mark, so daß ein effektives durchschnittliches Betriebskapital von 20 Millionen Mark in der genannten fünfjährigen Periode vorhanden war. Die Rückvergütung der Mitglieder und der Ueberschuß der Genossenschaften betragen aber im gleichen Zeitraum 15 Millionen Mark, die von 1924 bis 1929 angesammelten Reserven rund 25 Millionen Mark, so daß der sichtbare finanzielle Nufeffekt 180 Millionen von nur 20 Millionen Mark beträgt aus einem Vergleich mit der „Dividende“ in der privatrechtlichen Wirtschaft, der auf solche Weise allein vergleichsfähige Werte erfährt, ergibt sich also ohne weiteres die gewaltige Ueberlegenheit der genossenschaftlichen Wirtschaftsführung, deren tragende Pfeiler nicht das Kapital bildet, sondern die Organisation der Verbraucher und Konzentration ihrer Wirtschaftskraft und Kaufkraft. Denn die Kapitaldividende der Privatwirtschaft mit 5 bis 25 % jährlich kommt in den fünf Jahren 1924 bis 1928 im finanziellen Nufeffekt höchstens auf die einmalige Hinauszahlung des gesamten investierten Anlagekapitals, während es, wie die obige Berechnung zeigt, in den Konsumgenossenschaften neunmal hinausbezahlt beziehungsweise „verdient“ worden ist. Woraus sich also neben der statistisch leider nicht erfassbaren Warenpreisregulierung im Werte von jährlich Hun-

berten von Millionen Mark noch ein außerordentlich hoher finanzieller Nufeffekt der Konsumgenossenschaften und damit deren wirtschaftliche Ueberlegenheit gegenüber der Privatwirtschaft ohne weiteres ergibt. Damit aber nicht die irrthümliche Erwägung angestellt werde, als ob dieser finanzielle Nufeffekt in der „steuerlichen Bevorzugung“ der Konsumgenossenschaften zu suchen sein, möge noch festgestellt sein, daß von ihnen allein im Jahre 1928 über 14 Millionen Mark Steuern aller Art bezahlt wurden, bei einem Rabatt- und Ueberschußbetrag von rund 53 Millionen Mark, das heißt also: mehr als 25 % des finanziellen Nufeffekts wurden an Steuern bezahlt! ff.

Wirtschaftspolitiches

Die Entwicklung der Preise. Die rückläufige Konjunktur hat in der Regel rückläufige Preise im Gefolge. Auch gegenwärtig ist die Neigung zur Senkung der Warenpreise festzustellen. Das sind naturgemäße Vorgänge, die zur Regulierung des Wirtschaftsganges beitragen. Dennoch ist die Preisgestaltung nicht gleichmäßig. Die Rohstoffpreise zum Beispiel werden sehr wesentlich von den verbandsmäßigen Bindungen beeinflusst. Die Gegenfälligkeit der freien Preisbildung und der geregelten Preise hat sich gerade in diesem Jahre sehr deutlich gezeigt. Dies geht aus nachstehender Tabelle hervor:

Freie und geregelte Rohstoffpreise (1926 = 100).

1929	freie Preise	geregelte Preise
Januar	101,9	104,6
April	99,7	104,8
Juli	96,9	104,9
August	97,1	105,1
September	96,6	105,3
Oktober	95,1	105,3

Nach dieser Zusammenstellung, die vom Konjunkturinstitut vorgenommen wurde, zeigen die freien Preise eine ununterbrochene nach unten gerichtete Neigung. Sie fielen um mehr als 6 Punkte. Dagegen sind die geregelten Preise noch gestiegen; selbst im Zeitalter einer solchen Konjunkturperiode wie die im Jahre 1929. Daraus ist zu ersehen, was die kartellmäßigen Preisbindungen für die Wirtschaft bedeuten. Sie lassen ein elastisches Sichanschmiegen der Preise an die Konjunktur nicht zu. Sehr interessant ist die Entwicklung der Preise der Rohstoffe und Fertigwaren. Die Großhandelspreise für Rohstoffe bei den Produktionsgütern betragen im Januar 1929, und im Oktober 1928; sie haben sich also um 1,2 Punkte erhöht. Die Fertigwaren bei den Produktionsgütern stiegen von 137,7 auf 139,6. Bei den Konsumgütern erfolgte sowohl bei den Rohstoffen als auch bei den Fertigwaren eine Senkung. Der Index der Rohstoffpreise fiel von 153,4 auf 136,5; bei Fertigwaren war die Preisenkung wesentlich geringer, und zwar von 174,7 auf 169,5. Daß bei den Produktionsgütern, sowohl Rohstoffe wie Fertigwaren, eine Erhöhung eintrat und bei den Konsumgütern das Gegenteil der Fall war, liegt daran, daß der Einfluß der Kartelle bei ersteren stärker wirksam ist. Preisbewegung und Konjunktur stimmen jedenfalls nicht reiflos überein.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die winterliche Arbeitslosigkeit wächst. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat in der zweiten Novemberhälfte um rund 185 000 oder 18 % zugenommen, sie belief sich am 1. Dezember auf 1,2 Millionen Personen, darunter 240 000 Frauen. Von der Krisenunterstützung wurden 187 000 Personen erfasst. Die Zunahme betrug hier 8000. Somit waren Anfang Dezember in Deutschland 1,4 Millionen Hauptunterstützungsempfänger vorhanden. Im Vorjahre war die Zunahme der Arbeitslosigkeit etwas stärker. Die äußerst günstige Witterung in diesem Jahre scheint doch noch etwas wirksam zu sein. Würden nicht andere Einflüsse die Bauarbeiten künstlich hemmen, so wäre die Lage auf dem Arbeitsmarkt jetzt noch günstiger. Eine gewisse Stützung erhält er noch durch das Weihnachtsgeschäft. Im Januar wird die Zunahme der Arbeitslosen wieder heftiger sein.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

„Amerika, du hast es besser?“ Studienreisen nach Amerika sind heute die große Mode. Immer wieder wird das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ als Muster und Vorbild gepriesen, vor allem die „freie Entfaltung der Wirtschaft“, „der ungehemmte Aufstieg der Tüchtigen“, ungehemmt von staatlicher Sozialpolitik und Zwangsversicherung, von „all dieser öffentlichen Fürsorge“, durch die angeblich nur der „Arbeitswille gelähmt“, die „Selbstverantwortung der Menschen geschwächt“ wird. So lesen wir in Zeitungen und Büchern, meist von Leuten verfaßt, deren Blick so wenig als möglich durch die Kenntnis der wirklichen Verhältnisse getrübt ist.

Dagegen finden wir in einer medizinischen Fachzeitschrift die Ausführungen eines „neutralen“ Sachkenners, Dr. M. Olsen, Genf. Er schreibt in einem Aufsatz über die Bestrebungen zur Rationalisierung von Gesundheitspflege und Medizin in den Vereinigten Staaten:

... Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika kann mit derjenigen vieler europäischer Länder nicht ohne weiteres verglichen werden, weil das System der Krankenversicherung dort nicht auf einer allgemeinen Basis entwickelt ist. Im allgemeinen kann die bedürftige Bevölkerung freie Krankenhausbehandlung erlangen, der übrige Teil aber ist darauf angewiesen, sich um seine ärztliche Versorgung selbst zu kümmern und sie aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Die Unzulänglichkeiten des bestehenden Systems werden sowohl von seiten des ärztlichen Standes als auch seitens der Bevölkerung betont. Es sind einerseits die ärztliche Hilfe Bedürftigen, die entweder aus Mangel an einer genügenden Anzahl von Ärzten in manchen Gegenden keine entsprechende Hilfe finden können oder aber sich scheuen, solche in Anspruch zu nehmen, weil die Kosten der Behandlung ihre Verhältnisse übersteigen. Andererseits sind es die Ärzte,

die sich über ihr unzureichendes Einkommen (insolge unbeglückter Rechnungen und einer großen Anzahl kostelloser Behandlungen) beklagen, das dem Aufwand ihrer Ausrüstung und ihrer Ausbildung nicht entspricht und ihnen für ihre weitere Fortbildung keine Möglichkeiten bietet.

Eine von dem „Committee on the Cost of Medical Care“ (Auschuß zur Prüfung der ärztlichen Behandlungskosten) herausgegebene Broschüre illustriert an einigen sehr instruktiven Beispielen die bestehenden Verhältnisse. In einem bestimmten Bezirk von North Carolina (einer der ertragreichsten Staaten) fallen auf eine Bevölkerung von 18 000 nur vier Ärzte. In diesem Bezirk gibt es kein Krankenhaus. Im Mulberry-Distrikt von New York dagegen gibt es zahlreiche Krankenhäuser und Tausende von Ärzten, und doch wurde nachgewiesen, daß in diesem Bezirk 16 vom Hundert der bettlägerigen Kranken und außerdem 22 vom Hundert der arbeitsunfähigen, aber nicht an das Bett gebundenen Kranken ohne ärztliche Versorgung waren. Von den jährlich in den Vereinigten Staaten vorgenommenen 2 400 000 Geburten erfolgen 15 vom Hundert ohne ärztliche Hilfe. Bei der Untersuchung der Honorarsätze in 17 Städten von Massachusetts zeigte es sich, daß diese in einzelnen Fällen die Kosten für die Beförderung des Arztes zu der Wohnung des Kranken entweder nur wenig übertrafen oder sie sogar noch nicht einmal erreichten. Ein Arzt hat für seine medizinische Ausbildung zum Beispiel 11 000 Dollar bezahlt, und bei einem Einkommen von 8400 Dollar pro Jahr betragen die Betriebskosten 3400 Dollar. Es bleiben ihm also nur 6 Dollar als tägliches Einkommen. Andererseits werden die Summen, die von dem einzelnen Kranken für ärztliche Behandlung aufgebracht werden müssen, als sehr hoch geschilbert. Nach den Angaben der Metropolitan Life Insurance Company betragen die Kosten für eine Entbindung durch einen praktischen Arzt und Geburtshelfer etwa 150 bis 200 Dollar, durch einen Spezialisten 400 bis 500 Dollar. Es ist nahe liegend, daß solche Ausgaben das Einkommen weiter Kreise übersteigen. Das Jahreseinkommen von etwa 30 Millionen Industriearbeitern betrug im Jahre 1925 etwa 1250 Dollar, und wenn man das Einkommen von Familienangehörigen berücksichtigt, etwa 2000 Dollar. Zieht man in Betracht, daß das durchschnittliche Budget eines entsprechenden Haushalts etwa 1550 Dollar beträgt, so stehen daher für diese Kreise Mittel für ärztliche Behandlung nicht zur Verfügung. Erhebungen, die von der Metropolitan Life Insurance Company (Hauptstädtliche Lebensversicherungsgesellschaft) an 11 000 Arbeitsunfähigen infolge Krankheit angestellt wurden, ergaben, daß 25 vom Hundert von diesen ohne ärztliche Versorgung waren. Andere Erhebungen wiesen Zahlen bis zu 40 vom Hundert nach. Ein weites Arbeitsfeld würde sich, wie die Broschüre betont, für die Ärzte ergeben (die vielfach über Beschäftigungslosigkeit klagen), wenn eine moderne und zweckentsprechende Behandlung alle diejenigen erfassen würde, die einer solchen bedürfen.

Welche Arbeitskräfte sollen für Notstandsarbeiten zuerst berücksichtigt werden? Auf dem freien Arbeitsmarkt bietet sich in nächster Zeit, wie fast alljährlich, für eine Reihe tüchtiger Arbeitskräfte keine Gelegenheit zur Arbeitsvermittlung, so daß sie auf die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung angewiesen sein werden. Hier sollen nun möglichst lindernd die von den Gemeinden, Kreisen und Städten auszuführenden Notstandsarbeiten eingreifen. Nach den Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten in der Fassung vom 29. September 1927 sollen in erster Linie diejenigen geeigneten Arbeitslosen verwendet werden, die bereits längere Zeit arbeitslos gewesen sind. Zu Notstandsarbeiten, mit denen ein Wohnungswechsel, das heißt des Aufenhaltensortes, verbunden ist, sind jugendliche und wohnungslose Arbeitskräfte heranzuziehen, wogegen Familienväter am Wohnort verbleiben sollen. Den Arbeitslosen soll durch diese Beschäftigung ermöglicht werden, wenigstens für einen gewissen Zeitraum sich wieder regulären Arbeitsverdienst zu beschaffen. Selbstverständlich soll hierdurch auch seine Arbeitsfähigkeit erhalten und sein Arbeitswille gestärkt werden. Nicht minder wird hierdurch auch die Unterbringung im freien Wirtschaftsleben erleichtert und eher ermöglicht werden.

Des weiteren ist bei der Auswahl der Notstandsarbeiter auch auf diejenigen Arbeitskräfte weitgehendst Rücksicht zu nehmen, die im Arbeitsgebiet der freien Wirtschaft schwierig unterzubringen sind. Die einzelnen Arbeitsämter sollen deshalb rechtzeitig mit dem Träger der Notstandsarbeiten und dem ausführenden Unternehmer in Verbindung treten, damit beim Beginn der Notstandsarbeiten auch die vorerwähnten Arbeitskräfte sofort vermittelt werden können. Die einzelnen Arbeitsämter tragen bei der Zuweisung von Arbeitskräften heute eine erhöhte Verantwortung, weil der ausführende Unternehmer von Notstandsarbeiten eben nicht, wie sonst im eigenen Arbeitsunternehmen, in der Lage ist, die vom Arbeitsamt überwiesenen Arbeitskräfte abzulehnen. Allerdings dürfen nicht solche Arbeitskräfte zugewiesen werden, die zur Leistung dieser Notstandsarbeiten körperlich außerstande oder infolge ansteckender Krankheiten oder sonstiger Gebrechen für ein Zusammenleben in gemeinschaftlichen Unterkunftsräumen bei auswärtigen Notstandsarbeiten ungeeignet sind. Bei zweifelhaften Krankheitserscheinungen ist unter allen Umständen ein ärztliches Gutachten einzuholen. Ebenfalls ist es nicht angängig, daß die Arbeitsämter die bei Notstandsarbeiten zu besetzenden Arbeitsplätze durch Ausruf oder durch Aushang bekanntgeben und die sich hierauf meldenden Arbeitskräfte einfach zuweisen. Es sind vielmehr gerade bei Notstandsarbeiten die Eignung und die soziale Notwendigkeit ihrer Beschäftigung beim einzelnen näher von dem einzelnen Arbeitsamt nachzuprüfen. Ferner ist die im § 8 der vorerwähnten Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten vorgesehene Beschäftigungsdauer von drei Monaten als Höchstbeschäftigungsdauer zu beachten, sofern nicht zwingende Gründe vorliegen sollten, die nur gemäß des § 8 Absatz 4 zulässig wären. Sind größere Notstandsarbeiten geplant, die zur Entlastung ganzer Gebietsteile dienen sollen, so müssen vom zuständigen Arbeitsamt auch Arbeitskräfte benachbarter Gebiete, das heißt aus andern, in der Nähe liegenden Arbeitsämtern

bezirken, bei der Vermittlung als Notstandsarbeiter berücksichtig werden.

Sollten nun einzelne Arbeitsämter anders wie hier niedergelegt, oder sogar einseitig bei der Einstellung von Notstandsarbeitern verfahren, so ist der Beschwerdebeweg bei dem Verwaltungsausschuß des zuständigen Arbeitsamts gegeben.

Fehlbeiträge bei den Krankenkassen. Von offenbar interessierter Seite wird die Nachricht verbreitet, daß die Krankenkassen im ersten Halbjahr 1929 mit einem Defizit von 56,6 Millionen Mark abschließen.

Arbeitsgerichtliches

Änderung der Bestimmungen über die Entschädigung der Arbeits- und Landesarbeitsgerichtsbeisitzer.

Durch eine neue Verordnung (Reichsgesetzblatt, Teil I, Seite 149 ff.) vom 24. September 1929 wird bestimmt, daß alle Beisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden, also auch die Arbeits- und Landesarbeitsrichter, die Fahrkosten der zweiten Klasse in Personenzügen oder die Schiffskosten der ersten Klasse erstattet erhalten.

Zur Frage der Haftung des Arbeitgebers bei Nichterfüllung der Klebepflicht zur Invalidenversicherung. Das Reichsgericht und Reichsarbeitsgericht hat zur Frage der Schadenersatzansprüche bei Verletzung der Klebepflicht durch den Unternehmer schon des öfteren dazu Stellung genommen.

Literarisches

Vom Verfasser des in unserm Verlage erschienenen Buches: "Der Zimmerer neu die alte Welt", Kamerad Otto Kaufmann, Berlin SW 68, Alexanderstr. 29, sind ferner erschienen und durch ihn zu beziehen:

Die Klägerin ist im Februar 1928 wegen Invalidität erwerbsunfähig geworden. Mit ihren Ansprüchen auf Invalidenrente ist sie im Verfahren vor den Behörden der Invalidenversicherung rechtskräftig abgewiesen worden, weil nicht hinreichend Marken geklebt waren.

Aus den Gründen: Die Klägerin hat den Klageanspruch sowohl auf das Gesetz (§ 823 Absatz 2 BGB.) wie auf Vertrag gestützt. Der Berufungsrichter hat den ersten Klagegrund verworfen. Eines Eingehens hierauf bedarf es nicht.

Daß bei der Entstehung des Schadens ein eigenes Verschulden der Klägerin mitgewirkt habe, hatte schon der erste Richter angenommen; er hat den Schaden zu einem Drittel der Klägerin selbst auferlegt.

Briefkasten der Redaktion

Hamburg M. S. Es kann niemand gezwungen werden, eine Ehe einzugehen. Die Alimentationsverpflichtungen Deinerseits sind zu erfüllen. Ein eventueller Einspruch ist zwecklos.

Stuttgart, G. B. Die Versicherungsämter sind die untersten Stellen in der Rechtsprechung der Sozialversicherung, und zwar entscheiden sie entweder im Spruch- oder im Beschlußverfahren.

Leipzig, Zuhörer. Die von Dir gemachten Beobachtungen bei Verhandlungen stimmen nicht. Die Ablehnung von Gerichtspersonen wegen Besorgnis der Befangenheit kann von der Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger und dem Beschuldigten ausgesprochen werden.

Leipzig, Zuhörer. Die von Dir gemachten Beobachtungen bei Verhandlungen stimmen nicht. Die Ablehnung von Gerichtspersonen wegen Besorgnis der Befangenheit kann von der Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger und dem Beschuldigten ausgesprochen werden.

Literarisches

Vom Verfasser des in unserm Verlage erschienenen Buches: "Der Zimmerer neu die alte Welt", Kamerad Otto Kaufmann, Berlin SW 68, Alexanderstr. 29, sind ferner erschienen und durch ihn zu beziehen:

Organisationsmitglieder 2,85 M. — Die Soziologie der Industriearbeit, nicht zuletzt aber die Betriebssoziologie, ist in den letzten Jahren von verschiedensten Seiten in Angriff genommen worden.

Die Frau in der Kirche von heute. Von Kläre Meyer-Lugau. Verlag "Der Freidenker", Berlin SW 29, Gneisenaustr. 41. 352 Seiten Umfang. Preis 40 S.

Die Frau in der Kirche von heute. Von Kläre Meyer-Lugau. Verlag "Der Freidenker", Berlin SW 29, Gneisenaustr. 41. 352 Seiten Umfang. Preis 40 S.

Anzeigen

Sterbetafel.

- Berlin. Am 6. Dezember starb unser Kamerad Wilhelm Niehut im Alter von 62 Jahren an Gehirnentzündung. — Am 7. Dezember starb der Kamerad Schenk aus Gräfenau, Kreis Arnstadt im Alter von 21 Jahren an doppelter Lungentzündung.

Zahlstelle Annaberg-Buchholz.

Allen reisenden Kameraden zur Kenntnis, daß von jetzt an keine Lokalgelbesche mehr gegeben werden. [3,75 M] Der Vorstand.

Zahlstelle Braunschweig.

Am Sonntag, den 29. Dezember, morgens 9 1/2 Uhr, findet in „Stadt Helmstedt“, Schöppenstedter Straße, unsere Hauptversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes.

Kameraden, die den Aufenthalt des Zimmerers Willi Rutschke, geboren am 3. Oktober 1910 zu Drossen, kennen, werden gebeten, seine Adresse umgehend an seine Eltern Wilhelm Rutschke, Drossen, Schulstraße Nr. 2, zu senden. [3,75 M]